

**Auszug aus dem Protokoll
der 149. Sitzung des Deutschen Bundestag
am 15. Dezember 2011**

Tagesordnungspunkt 4:

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten
Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Diana Golze,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt

(Drucksachen 17/5106, 17/7966)

Erstellt durch das Büro:

Matthias W. Birkwald, MdB
Rentenpolitischer Sprecher
Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-71215
Telefax: 030/227-76215
Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de
Homepage: www.matthias-w-birkwald.de

Redner_innen-Liste:

Klaus Ernst (DIE LINKE)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Dr. Ursula von der Leyen, BMAS

- Rede (S. 3-5)

Klaus Ernst (DIE LINKE)

Dr. Ursula von der Leyen, BMAS

Elke Ferner (SPD)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Elke Ferner (SPD)

- Zwischenfrage (S.7)

Klaus Ernst (DIE LINKE)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜ 90/ GRÜ)

Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Anton Schaaf (SPD)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Anton Schaaf (SPD)

Pascal Kober (FDP)

- Zwischenfrage (S.12)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU) .

Max Straubinger (CDU/CSU)

- Rede (S. 20-22)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU)

- Zwischenfrage (S. 23.)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)

Frank Heinrich (CDU/CSU)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU)

- Zwischenfrage (S. 26)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt

– Drucksachen 17/5106, 17/7966 –

Es liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke vor. Über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke werden wir später namentlich abstimmen.

Zwischen den Fraktionen ist es verabredet, zu diesem Tagesordnungspunkt eineinhalb Stunden zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Klaus Ernst für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserer Großen Anfrage wollen wir uns erneut mit der Rente erst ab 67 beschäftigen. Die Antwort, die wir von der Bundesregierung auf über 380 Seiten bekommen haben, ist ein sehr umfangreiches Werk, das beweist, dass wir von der Rente ab 67, die ab 1. Januar des nächsten Jahres eingeführt werden soll, dringend Abstand nehmen müssen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wo sind denn die Beweise?)

– Die Beweise werde ich Ihnen jetzt vortragen.

Ich nenne drei Argumente:

Erstens. Auch Ihnen wird einleuchten, dass, wenn man bis 67 arbeiten soll, eine Voraussetzung erfüllt werden müsste, nämlich die, dass man im Alter von 64 noch eine Arbeit hat. Hat man im Alter von 64 keine Arbeit mehr, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man mit 65 oder 66 wieder eingestellt wird, äußerst gering. Ich glaube, selbst die FDP wird dem zustimmen. Um es einmal ganz deutlich zu sagen: In diesem Land bekommt man mit 65 eher das Bundesverdienstkreuz als einen Job.

(Beifall bei der LINKEN)

Da das so ist, müssen wir uns die Frage stellen – darauf ist in der Antwort auf die Große Anfrage eingegangen worden –, wie viele Menschen im Alter von 64 Jahren eigentlich noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die Antwort lautet: 8,7 Prozent der Menschen im Alter von 64 haben noch eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung. Bei den Frauen, Frau von der Leyen, sind es übrigens nur 5 Prozent.

Klaus Ernst

- (A) Wenn das wirklich so ist, wie Sie es hier vorlegen, dann bedeutet das im Ergebnis, dass Sie mit der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre 90 Prozent der Menschen nichts anderes als eine ganz brutale Rentenkürzung verordnen.

(Beifall bei der LINKEN – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Bisher war noch nichts Neues!)

Das hat Ihre Antwort auf unsere Anfrage eindeutig ergeben.

Es wird immer gesagt, die Rente mit 67 komme erst später. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann erkennen wir, dass diese Rentenkürzung bereits ab dem 1. Januar 2012 wirken wird; das heißt, bereits im ersten Quartal wäre eine Rentenkürzung von fast 1 Prozent für die Menschen möglich, die nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können. 90 Prozent! Das ist Ihre Rentenpolitik!

Nun ein paar Worte zur SPD. Sie machen den Vorschlag – ich habe das in Ihrem Parteiprogramm gelesen –, die Rente mit 67 erst dann einzuführen, wenn die Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen zu 50 Prozent beschäftigt ist.

(Elke Ferner [SPD]: Sozialversicherungspflichtig!)

- Sozialversicherungspflichtig. – Wenn also 50 Prozent der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, dann wollen Sie sie einführen. Das bedeutet aber doch im Umkehrschluss, liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, dass ihr die Rente mit 67 einführen wollt, wenn 50 Prozent dieser Altersgruppe noch keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Das bedeutet, Sie wollen die Rente mit 67 einführen, obwohl Sie wissen, dass das bei 50 Prozent der Betroffenen zu einer reinen Rentenkürzung führt. Das ist absoluter Unfug, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN – Elke Ferner [SPD]: Sie müssen das mal zu Ende lesen!)

– Selbstverständlich ist das so; wir können doch rechnen.

Im Übrigen ist es die falsche Altersgruppe; denn es ist völlig unerheblich, ob die Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen einen Job hat. Ausschlaggebend ist nur die Gruppe der 64-Jährigen; denn viele in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen werden sicher vor dem Erreichen des 64. Lebensjahres aus dem Beruf ausscheiden. Das müssten ihr von der SPD doch auch gemerkt haben. Also bitte, kehrt auf den Pfad der Tugend und zu einer vernünftigen Rentenpolitik zurück!

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite Argument ist nun wirklich hochinteressant. Ein wesentlicher Grund dafür, dass die Rente mit 67 eingeführt wurde, war aus Ihrer Sicht, dass die Lebenserwartung der Menschen steigt, dass die Menschen länger leben. Jetzt hat die Große Anfrage ergeben, dass ausgerechnet bei der Gruppe der Geringverdiener dieser Fakt überhaupt nicht zutrifft, dass deren Lebenserwar-

tung gar nicht steigt. Im Gegenteil: Die Studie hat ergeben, dass die Geringverdiener zunehmend früher sterben. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch Quatsch! – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wer hat die Studie erstellt?)

Während sie im Jahre 2001 durchschnittlich mit 77,5 Jahren verstorben sind, verstarben sie im Jahr 2010 im Durchschnitt mit 76 Jahren. Das ist ein Fakt, den die Studie ergeben hat.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Ja, gern.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Ernst, weil Sie den Eindruck erwecken, dass hier wissenschaftliche Ergebnisse zitiert würden, möchte ich Sie fragen: Würden Sie mir, wenn Sie von einer Studie sprechen, recht geben, wenn ich sage, dass es eine Studie Ihres Kollegen Birkwald ist, die Sie hier zitieren, und dass das sozusagen ein linker Zirkelschluss ist?

(Heiterkeit bei der FDP)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Dr. Kolb, das ist eine sehr interessante Bemerkung. Das, was ich eben vorgetragen habe, ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung. (D)

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

– Aber selbstverständlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist es! Wer rechnen kann, ist klar im Vorteil! – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dann sagen Sie, wo das steht!)

Ich bin gerne bereit, Herr Dr. Kolb, Ihnen hinterher noch die Tabelle vorzutragen, damit Sie das noch einmal nachvollziehen können. Ich gebe zu, die Antwort ist ein bisschen dick geworden; sie ist sehr umfangreich. Aber die Rentenpolitik der Bundesregierung ist ja auch sehr schwierig. Fakt ist jedoch, Herr Dr. Kolb – auf diesen Fakt müssen wir uns doch verständigen –: Wenn es so ist, dass Geringverdiener inzwischen früher sterben,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das stimmt nicht! Das steht hier nicht drin!)

dass man aber ausgerechnet den Geringverdienern zumuten will, länger zu arbeiten, dann bedeutet das, dass eine Grundlage für die Rentenpolitik der Bundesregierung überhaupt nicht vorhanden ist. Deshalb muss die Rente mit 67 zurückgenommen werden. Das ist die Konsequenz.

Klaus Ernst

- (A) (Beifall bei der LINKEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Frei erfunden!)

Im Übrigen – lassen Sie mich auch das noch sagen, Herr Dr. Kolb – ist es so, dass wir offensichtlich ausgerechnet gegen die in diesem Land vorgehen, die wenig verdienen. Sie weigern sich konsequent, den Mindestlohn einzuführen. Die Menschen mit geringeren Einkommen haben geringere Renten. Jetzt stellen wir fest, sie sterben auch noch früher. Das ist nicht hinzunehmen. Über diesen Vorgang sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein drittes Argument möchte ich noch anführen. Es heißt immer, wir müssten die Rente mit 67 einführen; wir könnten uns die Rente mit 65 nicht mehr leisten. Alle Antworten der Bundesregierung ergeben aber, dass der Beitragssatz nur um 0,5 Beitragssatzpunkte höher wäre, wenn wir bei der Rente mit 65 blieben. Frau von der Leyen, das sind bei einer paritätischen Finanzierung der Rente 0,25 Beitragssatzpunkte. Das sind bei einem Durchschnittsverdiener um die 6,30 Euro monatlich.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]:
Auch das ist wieder falsch!)

Ich habe noch niemanden in diesem Lande erlebt, der wegen eines um 6,30 Euro höheren Beitrags im Monat zwei Jahre länger arbeiten möchte. Aber Sie muten das den Leuten zu, und das ist inakzeptabel.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir haben ja nun Weihnachten. Vor Weihnachten gibt es den Nikolaus, und der Nikolaus hat eine Rute. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dem Nikolaus begegnet wären, hätte er Ihnen wegen Ihrer Rentenpolitik so lange den Hintern versohlt, dass Sie bis Weihnachten nicht mehr sitzen könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Bundesministerin Ursula von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ernst, wenn man Ihnen zuhört, gewinnt man den Eindruck, als ob die Rente mit 67 den Menschen tatsächlich etwas wegnehmen würde.

(Zurufe von der LINKEN: Ja!)

– Da hört man die Linken schreien. – Es geht aber um gewonnene Lebensjahre.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! – Widerspruch bei der LINKEN)

In den letzten 50 Jahren hat die Lebenserwartung um 11 Jahre zugenommen. Die durchschnittliche Rentenbezugszeit hat sich in den letzten 50 Jahren von 10 Jahren auf 18 Jahre erhöht. Man muss schon so betonhart wie die Linke in der Vergangenheit leben,

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

um diese Wirklichkeit nicht realisieren zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe mich wirklich gefragt, ob die Linke die Statistiken der Deutschen Rentenversicherung auch heute noch einmal dazu missbrauchen würde,

(Zuruf von der LINKEN: Na, na!)

um den Unsinn zu erzählen, dass bei Geringverdienern in den letzten drei Jahren die Lebenserwartung entgegen dem Trend gesunken sei.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das steht doch da!)

Wir haben vorhin geklärt, dass es keine Studie ist, sondern dass die Deutsche Rentenversicherung Statistiken geliefert hat, aus denen Sie etwas herausgelesen haben. Die Deutsche Rentenversicherung hat klipp und klar gesagt, dass aus diesen kleinen Fallzahlen kein Trend abzulesen ist. Aber auch da bleiben Sie beinhart in der Vergangenheit.

Ich empfehle Ihnen einen ausgesprochen guten Artikel aus der *Sächsischen Zeitung*.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Richtig!)

Diese Zeitung hat nämlich diesen Unsinn einmal aufgegriffen und mit der Technik der Linken die Miniaturfallzahlen so analysiert, dass man auch einen vermeintlichen anderen Trend herauslesen kann. Danach ergäbe sich nämlich, dass sich die Lebenserwartung von geringverdienenden Frauen im Osten – oh Wunder! – um lockere sechs Jahre von 79 auf 85 verlängert hat.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und bei den Männern, Frau Ministerin?)

Das Ergebnis ist also hervorragend, wenn man die Statistiken auf die Art und Weise interpretiert, wie die Linke damit umgeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist ein Paradestück dafür, dass die Linken mit Zahlen nicht umgehen können.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unsinn! Völliger Unsinn!)

Es zeigt den tiefen Realitätsverlust der Linken. Ihnen passt es nämlich nicht, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Wirklichkeit Ihnen inzwischen etwas völlig anderes ins Stammbuch schreibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Noch haben wir keinen einzigen Monat Arbeit mehr. In diesem Jahr ist es noch so, dass mit 65 Jahren die abschlagsfreie Rente bezogen werden kann. Wenn die

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) Rente mit 67 Jahren greift, werden wir 5 Millionen Menschen mehr in der Rente und 6 Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter haben. Es ist schön, wenn wir alle länger leben. Aber das heißt auch, dass die Mitte schmilzt. Diese Veränderung in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung hat längst stattgefunden. Dementsprechend entsteht jetzt auch ein neues Bild des Alters.

Schauen wir uns einmal die Zahlen an. In den letzten zehn Jahren hat sich schon enorm viel verändert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von über 55 Jahren hat sich um 1,5 Millionen erhöht. 57 Prozent der 55- bis 64-Jährigen stehen inzwischen im Erwerbsleben. Das ist hinter Schweden Platz zwei in Europa. Wir können stolz darauf sein, dass diese Veränderung inzwischen stattgefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei den 60- bis 64-Jährigen hat sich die Erwerbstätigenquote in den letzten zehn Jahren sogar verdoppelt. Ich weiß, dass Sie immer nur auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schauen. Dort ist die Erwerbstätigenquote deutlich mehr als doppelt so hoch. Mit der Technik der Linken betrachtet, hat sie um 150 Prozent zugenommen. Auch dabei handelt es sich um einen Erfolg des Arbeitsmarktes und einen Erfolg der Älteren am Arbeitsmarkt in den letzten zehn Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Elke Ferner [SPD]: Auf 8 Prozent! Das ist wirklich enorm!)

- (B) Ich glaube, wenn im Jahr 2029 – erst dann greift die Rente mit 67 – so viel mehr Menschen älter sind und so viel weniger Menschen am Arbeitsmarkt sind, ist es auch eine Frage der Fairness und der Gerechtigkeit der schmelzenden Mitte gegenüber, zu sagen: Wenn wir zehn Jahre Lebenserwartung dazugewonnen haben, dann können wir zwei Jahre davon in Arbeit investieren.

(Elke Ferner [SPD]: Dann muss man aber erst einmal einen Arbeitsplatz finden, Frau Ministerin!)

Das ist eine Frage der Gerechtigkeit den Jungen gegenüber. Auch das sollten wir einmal thematisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Bitte an die Linken ist: Hören Sie endlich auf, die Alten so schwachzureden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Die Älteren sind am Arbeitsmarkt unverzichtbar. Die Älteren, die später die Rente mit 67 erarbeiten werden, gehören meiner Generation an. Wir sind die Ersten, die die Rente mit 67 dann auch tatsächlich mit Leben füllen müssen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Ministerin, der Kollege Ernst äußert den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales: (C)

Nein, bitte keine Zwischenfrage. Ich möchte den Gedanken zu Ende führen. Er kann nachher eine Kurzintervention machen.

Es ist meine Generation, also die Generation der jetzt über 50-Jährigen, die in die Rente mit 67 hineinwächst. Ich würde es einfach einmal andersherum formulieren: Wir werden gebraucht. Wir trauen uns auch etwas zu. Ja, wir werden als Gesellschaft älter. Aber die Älteren bleiben auch länger jung. Es ist keine Frage des Alters, sondern es ist eine Frage der Fähigkeiten und der Motivation, am Arbeitsmarkt teilnehmen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte einen zweiten Gedanken einführen. Wir haben in den letzten Tagen intensiv über den Euro und über Europa diskutiert. Wir haben uns alle miteinander fest in die Hand versprochen, dass das nachhaltige Wirtschaften in Europa einer der Garanten dafür ist, dass wieder Vertrauen in Europa entsteht. Europa ist insgesamt ein Kontinent auf dem Weg zum langen Leben. Darauf müssen wir reagieren. Großbritannien, Frankreich, Spanien und Dänemark haben inzwischen die Rente mit 67 eingeführt. Sie werden sie sogar sehr viel früher als wir erreichen. Italien wird wahrscheinlich nachziehen. Alle handeln in dem Wissen: Wer sich der Wirklichkeit nicht stellt, der ruiniert seine Sozialsysteme.

(Elke Ferner [SPD]: Sie stellen sich doch nicht der Wirklichkeit!)

Warum sollten ausgerechnet wir jetzt eine Rolle rückwärts machen? Nein, wir bleiben standfest, weil wir das den jungen Menschen in unserem Land schuldig sind. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen in den nächsten Jahren nach vorne schauen, bis die Rente mit 67 Jahren greift. Bis zum Jahre 2029 müssen wir daran arbeiten, die Rente mit 67 mit Leben zu erfüllen. Mir ist wichtig, dass wir die Frage eines guten Übergangs und der Gerechtigkeit beantworten. Wir möchten dazu die Kombiarten vorschlagen, die bewirkt, dass man mit Teilzeitarbeit und Teilrente den Übergang in die Rente schon früher, also im Alter zwischen 63 und 67 Jahren, schaffen kann.

Wenn wir über die Rente mit 67 im Jahr 2029 sprechen, ist es wichtig, die Frage zu stellen – das ist eben eine Frage der Gerechtigkeit –, ob insbesondere Geringverdiener, wenn sie 30, 35 oder 40 Jahre Beiträge gezahlt haben, es schaffen, eine eigene auskömmliche Rente zu erhalten. Darunter sind sehr viele Frauen, die Teilzeit gearbeitet haben, aber nicht aus Bequemlichkeit. Ich sage es noch einmal: Das ist meine Generation. Damals hat es keine Ganztagschulen und nur wenig Kindergartenplätze gegeben, von Krippenplätzen war überhaupt nicht die Rede. Wenn diese Frauen gearbeitet haben, dann haben sie sich wirklich krummgelegt, und zwar ein Leben lang. Sie haben neben der Arbeit Kinder erzogen und die Älteren gepflegt. Sie müssen, wenn sie für ihr Alter vorgesorgt haben, am Ende des Lebens eine

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen

- (A) eigene Rente haben. Deshalb streiten wir jetzt über die Zuschussrente.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Das will doch außer Ihnen niemand!)

Diese Frage der Gerechtigkeit müssen wir jetzt im Interesse der betroffenen Menschen beantworten. Dafür stehe ich hier.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den jungen Menschen gegenüber gerecht sein müssen und bereit sein müssen, einen Teil unseres längeren Lebens in Arbeit zu investieren. Andererseits müssen wir den Geringverdienern, die sich wirklich krummgelegt und ein Leben lang alles richtig gemacht haben, eine eigene Rente ermöglichen.

(Elke Ferner [SPD]: Sehen Sie zu, dass aus Geringverdienern Normalverdiener werden! – Anette Kramme [SPD]: Wir sind gespannt, wann Sie einen Antrag zum Mindestlohn allgemeiner Art einbringen werden!)

Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Ohne diese Gerechtigkeit verliert das Rentensystem seine Berechtigung, und ohne Kinder verliert es seine Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Zu einer Kurzintervention der Kollege Klaus Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Frau von der Leyen, ich möchte Ihnen – ich habe jetzt doch noch die Gelegenheit, etwas zu sagen – eine ganz konkrete Frage stellen. Ab 1. Januar nächsten Jahres, also ab 1. Januar 2012, gibt es Abschläge bei der Rente für langjährig Versicherte ab dem Jahrgang 1949, und zwar in Höhe von 0,9 Prozent, also circa 1 Prozent, wenn sie drei Monate früher in Rente gehen. Ist das richtig, oder ist das falsch? Wenn es richtig ist, heißt das dann nicht, dass die Rentenkürzung nicht erst ab 2029 greift, was Sie eben zu vermitteln versuchten, sondern eigentlich ab dem 1. Januar des Jahres 2012? Diese Frage ist sehr konkret. Man braucht sie auch nicht mit Hinweis auf England, Afrika oder Frankreich zu beantworten. Man kann sie mit Ja oder Nein beantworten.

Zu Ihrer Zuschussrente, Frau von der Leyen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass diese Zuschussrente so gut wie niemand erhält. Sie ist daran gebunden, dass jemand privat vorgesorgt hat. Jetzt wissen wir ganz genau, dass insbesondere Geringverdiener kaum in der Lage sind, privat vorzusorgen, und das auch kaum tun. Übrigens sind geringverdienende Männer laut dieser Statistik ganz besonders betroffen, weil sie erstens inzwischen tatsächlich eine geringere Lebenserwartung haben und weil ihnen zweitens kaum die Möglichkeit zur Vorsorge gegeben ist. Das bedeutet aber, dass sie nicht in den Genuss der Zuschussrente kommen, weil sie nicht privat vorge-

sorgt haben. Diese Zuschussrente ist ein Placebo. Sie wollen den Menschen in diesem Land Sand in die Augen streuen. Das möchte ich mit aller Klarheit sagen. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau von der Leyen zur Erwiderung, bitte.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Ernst, an der Länge Ihrer verschwurbelten ersten Frage konnte man sehen, dass Sie versucht haben, einen einfachen Zusammenhang möglichst kompliziert darzustellen, damit er Ihrer Realitätsverweigerung standhält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Meine einfache Antwort ist: Ab 2012 müssen die Menschen einen Monat länger arbeiten, Herr Ernst; mehr nicht in diesem Jahr.

(Elke Ferner [SPD]: Was ist, wenn sie keinen Job haben?)

Ich glaube, es ist eine Frage der Gerechtigkeit den Jungen gegenüber, dass wir langsam, aber sicher monatsweise in die Rente mit 67 einsteigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Reden Sie sich nicht heraus! Ja oder Nein?)

– Sie haben eben das Wort gehabt. Jetzt habe ich es. (D)

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Zuschussrente ist auf die Zukunft ausgerichtet. Das heißt, wir stellen die Bedingung der Vorsorge nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft, auch um deutlich zu machen: Wenn unser Rentensystem auf Dauer halten soll, dann muss es auf zwei Beinen stehen, nämlich der gesetzlichen Rente und der privaten Vorsorge.

Schon heute sind 30 Prozent der Riester-Sparer Geringverdiener. 50 Prozent aller Riester-Sparer haben ein jährliches Einkommen von unter 20 000 Euro. Mit 5 Euro im Monat ist man mit dem kleinsten Einkommen dabei. Es gibt 13 Euro Zuschuss vom Staat für einen Erwachsenen.

(Anette Kramme [SPD]: Was kassiert die Versicherung als Provision? Wie hoch ist die Rendite bei der Riester-Rente?)

Es gibt 25 Euro Zuschuss für ein Kind. Deshalb wollen wir auf die Dauer die private Vorsorge als zweites Standbein ausbauen. Es muss sich aber zum Schluss für die Geringverdiener lohnen, damit sie ihre Riester-Rente, ihre betriebliche Altersvorsorge oder eine andere Vorsorge tatsächlich als eigene Rente haben. Das ist der Grundgedanke der Zuschussrente. Deshalb werden wir darum kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sie verweigern eine Antwort!)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Elke Ferner hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Elke Ferner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau von der Leyen, das war ein Vortrag wie immer: viel heiße Luft, nichts dahinter, keine eigenen Vorschläge und den Leuten Sand in die Augen streuen. Das kennen wir von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge!)

Ich werde noch auf einzelne Punkte zurückkommen.

Wir haben damals, als das Renteneintrittsalter gesetzlich angehoben worden ist, aus gutem Grund eine Überprüfungsklausel gesetzlich festgeschrieben. Dabei sollte die Bundesregierung eine Einschätzung darüber abgeben, ob angesichts der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine Anhebung des Renteneintrittsalters vertretbar ist.

Sie, die Bundesregierung, aber auch die Koalitionsfraktionen, halten das für vertretbar. Sie erliegen damit nicht nur einer groben Fehleinschätzung. Denn wer angesichts der Zahlen zu den Beschäftigungsquoten der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die von Ihnen selber in der dicken Drucksache als Antwort der Bundesregierung zur Verfügung gestellt worden sind, zu einem solchen Schluss kommen kann und gleichzeitig in derselben Woche die vergleichsweise großzügigen Bedingungen bei der Pensionierung der politischen Beamten noch weiter vergolden will, leidet an mehr als an Realitätsverlust, liebe Kollegen und Kolleginnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben von der sozialen Lage der Menschen in diesem Land keine Ahnung. Das ist weder christlich noch sozial; das ist beschämend. Man könnte auch sagen, Frau von der Leyen: Das ist betonhart.

Ich möchte noch einmal auf Ihre eigenen Zahlen verweisen. Im letzten Jahr waren gerade einmal 19,1 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den 64-Jährigen waren es noch nicht einmal 9 Prozent. Das ist übrigens die Steigerung um 150 Prozent, die Frau von der Leyen eben angesprochen hat.

Das zeigt, dass das Leitbild der Erwerbstätigkeit bis zum Renteneintritt derzeit nur eine Illusion ist. Nur jeder fünfte Versicherte ist gegenwärtig vor dem Eintritt in die Altersrente tatsächlich sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ein Viertel kommt aus Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit, und der Rest hat überwiegend keinen Er-

werbsstatus. Ihre Aussage, Frau von der Leyen, es gehe nur um einen Monat, trifft nur auf die knapp 9 Prozent zu, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Es trifft aber nicht auf die übrigen 91 Prozent zu, um die es hier geht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was ist mit denen, die arbeitslos sind? Sie werden, wenn sie langzeitarbeitslos sind, in eine abschlagsgeminderte Rente gezwungen. Das kann man doch nicht wollen. Das kann man nicht ignorieren. Deshalb haben wir damals eine Überprüfungsklausel gewollt, und deshalb schlagen wir heute in unserem Antrag vor, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters so lange ausgesetzt wird, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimme ist, dass Sie trotz dieser Zahlen nicht nur an der Anhebung des Renteneintrittsalters festhalten, sondern dass Sie darüber hinaus Milliarde um Milliarde bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzen.

(Katja Mast [SPD]: Genau!)

Das heißt, Sie vergrößern nicht, sondern Sie verringern die Chancen der älteren Beschäftigten, im Arbeitsmarkt zu bleiben und aus der Arbeit heraus in Rente zu gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Das ist Ihre Politik, Frau von der Leyen. Ich sage Ihnen: Gerade in Zeiten, in denen es wirtschaftlich besser geht, muss man sich intensiv um die Langzeitarbeitslosen kümmern; denn nur in den Zeiten haben sie überhaupt eine Chance, wieder in Arbeit zu kommen. Stattdessen kürzen Sie in den nächsten Jahren Mittel in Höhe von über 24 Milliarden Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weil Sie eben auf die Frage des Kollegen Ernst nicht geantwortet haben, möchte ich deutlich machen, was die Anhebung des Renteneintrittsalters für Langzeitarbeitslose bedeutet. Wer heute die Voraussetzungen erfüllt, um mit 63 Jahren in Rente zu gehen, aber langzeitarbeitslos ist, muss Abschläge in Höhe von 7,2 Prozent dauerhaft hinnehmen. Mit jedem Monat der Heraufsetzung der Regelaltersgrenze erhöhen sich diese Abschläge um 0,3 Prozentpunkte, also, wie Herr Ernst eben gesagt hat, innerhalb von drei Monaten um knapp 1 Prozent. In der Endstufe reden wir über 14,4 Prozent insgesamt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: So ist die Realität!)

Die Menschen empfinden es zu Recht als Rentenkürzung, wenn sie nicht die Gelegenheit haben, selber zu

Elke Ferner

- (A) bestimmen, ob sie aus der Arbeit in die normale Rente oder in eine vorgezogene Rente gehen. Die Situation, dass die Menschen selber darüber entscheiden können, haben wir leider immer noch nicht erreicht.

Sie haben eben über niedrige Rentenanwartschaften gesprochen. Ich sage Ihnen: Mit Ihrer Zuschussrente, die mittlerweile außer Ihnen selbst überhaupt niemand mehr gut findet, lösen Sie das Problem nicht. Sie als Arbeitsministerin müssten sich eigentlich für Mindestlöhne nicht nur einsetzen, sondern sie einführen. Das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie als Arbeitsministerin müssten sich dafür einsetzen, dass die Entgeltdiskriminierung von Frauen beseitigt wird. Auch das ist ein Grund, warum gerade Frauen so niedrige Renten haben; denn sie haben niedrige Löhne. Sie müssten eigentlich Ihren Kollegen von den Koalitionsfraktionen auf die Finger klopfen, wenn diese vereinbaren, die Minijobgrenze von 400 Euro auf 450 Euro zu erhöhen. Denn was bedeutet das? Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, mehr Altersarmut. Das ist das Ergebnis einer solchen Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wenn Sie nur am Ende ansetzen, dann springen Sie zu kurz. Die Brüche in den Erwerbsbiografien können wir nicht ausschließlich über das Rentenrecht korrigieren. Natürlich muss man auch da korrigieren, aber ausschließlich da zu korrigieren, funktioniert nicht. Ihre Zuschussrente ist eine Belohnung für diejenigen, die privat vorgesorgt haben. Aber all denjenigen, die wegen der Situation auf dem Arbeitsmarkt in ihren Regionen, ob im Osten oder im Westen, oder wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder anderer Dinge keine vollständige Erwerbsbiografie haben, helfen Sie nicht, und denen wollen Sie auch gar nicht helfen. Sie wollen nämlich nur denen helfen, die eine entsprechend große Anzahl von Jahren privater Vorsorge haben. Die anderen lassen Sie außen vor. Damit springen Sie zu kurz.

Wir schlagen vor, dass die Rente nach Mindestentgeltpunkten so lange verlängert wird, bis wir einen flächendeckenden Mindestlohn in diesem Land haben. Wir schlagen weiterhin vor, dass die Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit höher bewertet werden, wenn insgesamt weniger als 30 Entgeltpunkte erworben worden sind. Das sind Nachteilsausgleiche, die wir für notwendig halten, die wir dann aber auch über Steuern und nicht über Beiträge finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Frau von der Leyen, Sie haben eben gesagt, Sie kämpften um Ihre Zuschussrente. Das heißt im Klartext: Sie haben sie noch lange nicht eingetütet. Ich bin einmal gespannt, ob der Finanzminister, wenn im nächsten Jahr an vielen anderen Stellen noch zusätzlicher Finanzierungsbedarf besteht, mit wehenden Röcken auf Sie zuge-

laufen kommt, um Ihnen das Geld zur Verfügung zu stellen. Denn das über Beiträge zu finanzieren, hielte ich in der Tat für ganz schwierig, weil das nichts mit der Beitragsbezogenheit der Rente und mit Arbeitsleistung zu tun hat. (C)

Wer das Renteneintrittsalter erhöht, muss sich auch darüber Gedanken machen, wie Menschen in Beschäftigung bleiben können. Dazu gehört auch ein betriebliches Gesundheitsmanagement. Dazu gehört ebenfalls, denen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben, die lange gearbeitet haben, die vielleicht 60 und älter sind und eine körperliche Beeinträchtigung haben, die zwar, Gott sei Dank, noch nicht so schlimm ist, dass es zur Erwerbsminderungsrente reicht, die aber dennoch so groß ist, dass man seine alte Beschäftigung nicht mehr ausüben kann.

Wir möchten gerne – Herr Kollege Ernst, Ihre Aussage eben, dass uns die restlichen 50 Prozent egal sind, ist falsch –, dass alle über 60-Jährigen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit einen Rechtsanspruch auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen, damit sie eben nicht in der Arbeitslosigkeit und dann in der vorgezogenen abschlaggeminderten Rente landen, sondern damit sie aus der Erwerbsarbeit, also sozusagen aus eigener Kraft, in Rente gehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist im Übrigen der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie sind grundsätzlich dagegen, während wir die Auffassung vertreten, dass man unter bestimmten Bedingungen durchaus eine Anhebung des Renteneintrittsalters vertreten kann. (D)

Wir sehen darüber hinaus Handlungsbedarf bei der Erwerbsminderungsrente. Wir möchten gerne die Zurechnungszeiten in einem Schritt bis zum 62. Lebensjahr anheben, und wir möchten gerne auch die rentenrechtlichen Abschläge auf die Erwerbsminderungsrenten abschaffen. Ich weiß nicht, wie Sie jemandem diese Abschläge erklären können; ich konnte sie bisher niemandem erklären. Wer erwerbsgemindert ist, der geht nicht freiwillig in Rente, weil er es sich nicht aussuchen kann, sondern er geht in Rente, weil er körperlich beeinträchtigt ist und nicht mehr arbeiten kann. Angesichts dessen halten wir an dieser Stelle Abschläge für nicht geboten; sie gehören vielmehr schlicht und ergreifend abgeschafft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist an der Zeit, die Übergänge in die Rente so zu flexibilisieren, dass sie den Bedürfnissen und den Wünschen der Beschäftigten mehr entgegenkommen, als es heute der Fall ist. Wir wollen Menschen ab dem 60. Lebensjahr eine Teilrente ermöglichen, die mit einer Teilzeitbeschäftigung einhergeht. Wir möchten, dass die Abschläge ausgeglichen werden können. Vor allen Dingen möchten wir sicherstellen, dass bei Inanspruchnahme einer solchen Rente keine Altersarmut vorprogrammiert ist. Wir möchten also, dass ein Schutz für die Beschäftigten aufgebaut wird, damit Arbeitgeber sie nicht über

Elke Ferner

- (A) die Teilrente aus der Beschäftigung herausdrängen können.

Letzter Punkt: Wer alles soll in die Rentenversicherung einzahlen müssen? Gerade weil die Erwerbsverläufe so vielfältig geworden sind, müssen dem auch die sozialen Sicherungssysteme gerecht werden. Deshalb wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung einführen. Einbezogen werden sollen zunächst einmal die Soloselbstständigen, die bekanntermaßen ebenfalls sehr stark von Altersarmut bedroht sind, damit sie nach einem langen Arbeitsleben eine entsprechende Absicherung im Alter haben.

Unterm Strich kann ich nur an Sie appellieren, liebe Kollegen und Kolleginnen von der Koalition: Schauen Sie sich die Zahlen einfach noch einmal an! Spielen Sie nicht die drei chinesischen Affen – nichts sehen, nichts hören und nichts sagen –, sondern ziehen Sie die Konsequenzen aus den Zahlen, die Sie selber vorgelegt haben!

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Heinrich Kolb hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal – Frau Ferner, ich weiß, Sie mögen das nicht –: Wir müssen hier die Verantwortungen klarstellen. Es war die SPD, die die Rente mit 67 in Deutschland wollte und eingeführt hat.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch nicht, Herr Kolb!)

Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie wollten die Rente mit 67. – Frau Ferner, Sie dürfen sofort eine Zwischenfrage dazu stellen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt gleich? – Bitte, Frau Ferner.

Elke Ferner (SPD):

Herr Kollege Kolb, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass in unserem Wahlprogramm 2005 ausdrücklich gestanden hat, dass wir keine Rente mit 67 wollen,

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Es geht nicht ums Wahlprogramm, sondern ums Tun!)

dass im Wahlprogramm der Union gestanden hat, dass sie eine Anhebung der Regelaltersgrenze will und dass im Koalitionsvertrag ein Kompromiss geschlossen wor-

den ist, der für viele in meiner Partei schmerzhaft gewesen ist? Es ist zufällig ein SPD-Arbeitsminister gewesen, der das umzusetzen hatte, was in der Koalitionsvereinbarung stand. Ich weise die Behauptung, dass das unsere Erfindung gewesen ist, entschieden zurück. Im Gegenteil: Es ist die Erfindung der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union gewesen. (C)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Frau Kollegin Ferner, ich glaube, mit dem, was Sie da gerade darzustellen versuchen, betreiben Sie jetzt ein bisschen Geschichtsklitterung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es heißt ja in der Bibel: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. – Nicht an ihren Wahlprogrammen, sondern an ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Sie können mich ja gerne korrigieren, aber nach allem, was ich weiß, ist vor einer denkwürdigen Kabinettsitzung der SPD-Minister Franz Müntefering, der unter dem starken Druck stand, einen Rentenversicherungsbericht vorzulegen, zu dessen wesentlichem Bestandteil eine Beitragsprojektion gehört, an die Bundeskanzlerin herangetreten und hat sie um Zustimmung zur Einführung einer Rente mit 67 gebeten,

(Elke Ferner [SPD]: Im Koalitionsvertrag stand das drin!)

weil nur so, Frau Kollegin Ferner, die Beitragsziele zu realisieren waren, die man sich vorgenommen hatte und die in diesem Rentenbericht ausgewiesen werden mussten. (D)

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: So war es!)

So war es nach meiner Erinnerung.

(Elke Ferner [SPD]: Sie waren nicht dabei!)

– Ich war zwar nicht in der Kabinettsitzung dabei, aber das ist damals alles sehr zeitnah und breit berichtet worden und von Franz Müntefering nie dementiert worden. Ich finde es einfach feige,

(Elke Ferner [SPD]: Der Koalitionsvertrag ist maßgeblich, Herr Kolb!)

wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen: Wir sind es nicht gewesen. Die CDU war es. – Nein, die SPD war federführend dabei und war treibende Kraft bei diesem Projekt. Das muss man hier sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Waren Sie dagegen, Herr Dr. Kolb?)

Wir haben damals übrigens dagegen gestimmt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Warum?)

– Wir hatten unsere Gründe, dass wir dagegen gestimmt haben. Aber wir haben uns natürlich auch die weitere Entwicklung angeschaut. Dazu will ich gerne noch etwas sagen. Das kann ich wesentlich ausführlicher darlegen, wenn Sie, Herr Ernst, eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Heinrich L. Kolb

(A) Die Beitragsziele, die man erreichen wollte, Frau Kollegin Ferner, waren damals also maßgebend. Der entscheidende Satz in der Drucksache 17/7966, der schon auf Seite 3 steht, lautet:

Würde auf die Anhebung der Altersgrenzen gemäß dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz verzichtet, fiel der Beitragssatz im Jahr 2030 um 0,5 Prozentpunkte höher aus. Gleichzeitig wäre das Sicherungsniveau vor Steuern um 0,6 Prozentpunkte geringer.

Hier müssten Sie als eine Partei, die zu Regierungszeiten entsprechende Maßnahmen ergriffen hat, jetzt, in Oppositionszeiten, doch eigentlich in ihrem Entschließungsantrag eine Antwort auf die Frage geben, wie das zukünftig aussehen soll, statt sich einen schlanken Fuß zu machen.

Sie sagen jetzt einfach: Wir schieben das in die Zukunft. – Demografisch ändert sich aber dadurch überhaupt nichts. Die Probleme, die Franz Müntefering damals verantwortungsvoll lösen wollte, bestehen unverändert fort. Sie wollen nun die Lösung wegnehmen, sagen aber nicht, was an die Stelle dieser Lösung treten soll. Das finde ich einfach unverantwortlich. Auch eine Oppositionspartei hat ein Mindestmaß an Verantwortung in diesem Haus wahrzunehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den auch der Kollege Ernst angesprochen hat. – Frau Kollegin Ferner, ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit schenken könnten.

(B)

(Elke Ferner [SPD]: Herr Kolb, ich bin multitaskingfähig! Ich kann das!)

– Das ist sehr schön. Gut. – Jetzt frage ich Sie: Welche Entwicklung haben Sie denn damals eigentlich bei der Erwerbsteilhabe und der Quote der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Älteren erwartet? Sie müssen doch irgendeine Vorstellung gehabt haben. Ich könnte ja verstehen, dass die SPD jetzt Bauchschmerzen bekommt, wenn es in den letzten Jahren ganz furchtbar und katastrophal gelaufen wäre.

(Elke Ferner [SPD]: 9 Prozent ist doch lächerlich gering!)

Nur: Die Zahlen sprechen doch eine vollkommen andere Sprache, Frau Kollegin Ferner.

(Elke Ferner [SPD]: Sie haben offensichtlich Wahrnehmungsstörungen!)

Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen hat sich von 2000 bis 2009 auf mehr als 40 Prozent verdoppelt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist die falsche Bezugsgröße! Es geht nicht um die Erwerbstätigen, sondern um die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten!)

Es handelt sich übrigens, wie ich finde, um einen Fehler in Ihrem Entschließungsantrag, dass Sie nur auf die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in

diesem Alter abstellen. Man muss fairerweise natürlich auf die Erwerbstätigkeit insgesamt abstellen, (C)

(Zurufe von der LINKEN)

weil natürlich die Beamten mit dazuzählen, auch die Soldaten, die bis zu ihrem 65. Lebensjahr Dienst tun,

(Elke Ferner [SPD]: Wollen Sie Herrn Ackermann auch noch dazunehmen, oder wie?)

und andere, die in der Gruppe der Erwerbstätigen eingeschlossen, aber aus der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgeschlossen sind. Wenn Sie sagen, von allen, die 64 oder 65 Jahre alt sind,

(Elke Ferner [SPD]: 60 bis 64!)

müssen 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, dann legen Sie die Messlatte für die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so hoch, dass es nie zur Einführung der Rente mit 67 kommen könnte,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

jedenfalls nicht in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Da muss ich Ihnen sagen: Hier handelt es sich um einen Versuch der Irreführung und Täuschung. Sie machen sich hier wirklich vom Acker.

(Zuruf von der SPD: Vom Acker machen sich andere!)

Das kann ich und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie stehen hier genauso in der Verantwortung. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt zu den Linken; denn eigentlich diskutieren wir ja über Ihre Große Anfrage und die Antworten. Herr Kollege Ernst und auch Herr Kollege Birkwald – der sitzt ja nicht nur zufällig dort, sondern hat das Ganze wesentlich mit ausgearbeitet –:

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Er wird auch gleich reden!)

Wir sind ja von den Linken einiges gewohnt. Aber dass Sie es diesmal derart unseriös angehen, das ist auf der nach unten offenen Birkwald-und-Ernst-Skala ein neuer Tiefstand. Das muss man einmal klipp und klar sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der LINKEN – Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Ernst möchte eine Zwischenfrage stellen, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Ernst, möchten Sie eine Zwischenfrage stellen? Ich glaube, Herr Kolb freut sich sehr.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Ja, klar.

Dr. Heinrich L. Kolb

(A) (Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Er will noch tiefer!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte schön.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Dr. Kolb, nur wegen der Seriosität: Sie haben gerade versucht, darzustellen, dass die Bezugsgröße falsch sei, wenn man die 60- bis 64-Jährigen nehme. Stimmen Sie mir zu, dass Rentenansprüche ausschließlich diejenigen stellen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, die also in die Rentenkasse einbezahlt haben?

Tatsächlich müssen wir, wenn wir nach den Voraussetzungen zur Einführung der Rente mit 67 fragen, die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrachten,

(Elke Ferner [SPD]: So ist es!)

weil die anderen überhaupt nicht rentenbezugsberechtigt sind.

Wenn Sie von Unseriosität reden, dann würde ich Sie bitten, darauf zu achten, was Sie hier eigentlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sonst kann man Sie überhaupt nicht mehr ernst nehmen.

(B) Ich schließe eine zweite Frage an: Stimmen Sie mir denn zu – weil Frau von der Leyen diese Frage nicht beantwortet hat –, dass es tatsächlich so ist, dass langjährig Versicherte, die jetzt, ab dem 1. Januar 2012, vor dem 67. Lebensjahr in Rente gehen – wenn sie nicht arbeiten, weil sie keine Beschäftigung haben –, pro Monat 0,3 Prozent Abschläge hinnehmen müssen und damit bis einschließlich März nächsten Jahres schon fast 1 Prozent weniger Rente bekommen?

Ich bitte Sie, diese Frage nicht so kompliziert zu beantworten, wie es Frau von der Leyen versucht hat. Die kann man nämlich wirklich mit Ja oder Nein beantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Ihr erster Punkt war die Frage nach der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Es ist klar: Nur wer Beiträge gezahlt hat, kann hinterher Rente beantragen.

(Elke Ferner [SPD]: Na immerhin!)

Das ist ein wesentlicher Aspekt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Das war aber nicht mein Punkt, auf den ich Frau Ferner hingewiesen habe. Ich habe nur gesagt: Auch wenn sie auf die Gesamtheit der 60- bis 64-Jährigen eine 50-prozentige Sozialversicherungsquote anlegt, meint sie in Wirklichkeit noch deutlich mehr. Dann müssten nämlich 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigten bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Nur darum ging es mir. (C)

Was Ihre zweite Frage anbelangt, so ist es wie bei Beton: Es kommt darauf an. Es kommt darauf an, ob die Menschen in Arbeit sind oder nicht.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Wenn sie nicht in Arbeit sind! Das ist die Voraussetzung!)

Aber auch dann geht Ihre Rechnung noch nicht auf; denn Sie versuchen, eine Durchschnittsbetrachtung vorzunehmen. Sie müssen aber immer die individuellen Verhältnisse berücksichtigen.

Ob und wie sich die Rente für einen Versicherten lohnt oder nicht – das klingt in dem Zusammenhang ein bisschen blöd –, hängt natürlich immer von der Gesamtrentenbezugsdauer im Anschluss an den Renteneintritt ab. Um eine effektive, individuelle Rentenrendite bestimmen zu können, müssten Sie fragen: Wie lange lebt derjenige, der früher in Rente geht, hinterher tatsächlich?

(Zuruf der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Von daher hinkt Ihr Vergleich, den Sie hier vortragen. Das kann ich nicht akzeptieren.

(Elke Ferner [SPD]: Sie drücken sich um die Antwort, Herr Kolb!)

Sie haben sich mit der Großen Anfrage Mühe gegeben, das will ich anerkennen.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist aber großzügig!) (D)

Sie enthält viele Fragen, die sind auch sehr detailliert formuliert. Was aber inakzeptabel ist, ist die äußerst eigenwillige Interpretation der Ergebnisse.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Bewusste Fehlinterpretation!)

Herr Ernst, Sie hatten jetzt zweimal die Gelegenheit dazu: Sie müssen mir wirklich belegen, wo in der Studie steht, dass die Lebenserwartung von Geringverdienern sinken würde. Herr Kollege Birkwald, ich halte es für unglaublich und ein Stück weit für unverschämt – ansonsten schätze ich Sie sehr –, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, die Bundesregierung und die sie tragende Koalition sei an einem sozialverträglichen Frühableben interessiert. Das ist nicht Bestandteil unserer Rentenpolitik,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist die Realität! – Gegenruf des Abg. Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Quatsch! Birkwald, du weißt es doch besser!)

sondern wir wollen, dass die Menschen möglichst lange ihre Rente genießen können und das auf einem möglichst guten Niveau.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dazu ist aber entscheidend, dass sie Arbeit haben und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiografie vorweisen können.

Dr. Heinrich L. Kolb

- (A) Nein, Herr Birkwald, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich glaube, ein sozialistisches Gesellschaftssystem ist ein höheres Lebensrisiko für die Menschen als die Rente mit 67. Das will ich Ihnen sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN)

Herr Ernst und Herr Birkwald, Sie sind nicht die Menschenfreunde, als die Sie sich hier gerne ausgeben. Nein, Sie kochen Ihr rotes Süppchen, und Zynismus und selektive Wahrnehmung sind ganz wesentliche Bestandteile Ihres Rezeptes. So sieht nämlich die Wirklichkeit aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Trotzdem ist zu begrüßen, dass wir heute wieder einmal die Möglichkeit haben, uns über rentenpolitische Themen auszutauschen. Es gibt ja eine Agenda, die sozusagen im Raum steht. Natürlich müssen wir – Frau Kollegin Ferner, da bin ich bei Ihnen – überlegen, wie wir flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand schaffen können. Da haben Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, schon ziemlich viel von den FDP-Vorschlägen, die in diesem Haus früh eingebracht wurden, übernommen.

(Elke Ferner [SPD]: Das haben wir schon gemacht, da wussten Sie noch gar nicht, wie das geht!)

Vielen Punkten könnten wir zustimmen.

- (B) Nicht mit gehen wir aber bei Ihrem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung. Auch sind wir dafür, dass Selbstständige eine Pflicht zur Versicherung haben.

(Elke Ferner [SPD]: Rendite für die private Versicherungswirtschaft!)

Ich will hier sehr deutlich sagen: Wir wollen für sie aber keine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dass wir uns um die Probleme, die durch Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit entstehen, kümmern müssen, will ich hier ausdrücklich konzedieren. All das aber muss geschehen im Geiste der Verantwortung für unser Rentensystem und auch für die Beitragsziele, die Sie ins Gesetz geschrieben haben und denen wir uns unverändert verpflichtet fühlen.

(Elke Ferner (SPD): Ah ja, „im Geiste der Verantwortung“ wäre für Sie etwas Neues!

So wird ein Schuh daraus, und auf der Basis können wir vielleicht in den weiteren Beratungen vorankommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Bei Ihnen werden die Klamotten hingeschmissen, wenn man keine Verantwortung mehr tragen will!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in der Politik.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir müssen ehrlich sagen, wo die Chancen liegen, und wir müssen ehrlich sagen, wo die Probleme sind. Auch müssen wir ehrlich sagen, was noch zu tun ist.

Die Linke spricht in ihrer Großen Anfrage ganz am Anfang von einer ehrlichen Bestandsaufnahme und einer echten Abwägung der Risiken, ist dann aber – das haben wir vorhin wieder erlebt – ebenso wenig ehrlich wie die Bundesregierung in ihrer Antwort.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Gut, dass wir die Grünen haben!)

Die Bundesregierung ist viel zu schönfärberisch, was die Probleme angeht: Es ist ja alles gut. Die Linke verschweigt völlig die Vorteile der Anhebung der Regelaltersgrenze. Beides verstärkt die Ängste in der Bevölkerung. Nur wenn wir in beide Richtungen ehrlich sind, gewinnen wir das Vertrauen zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt nicht nur für die Rentendebatte – aber gerade bei der Rente, weil hier langfristiges Vertrauen besonders wichtig ist.

Zunächst zu den Vorteilen: Die Linke spricht die Wirkung auf der Beitragsseite an: ein um 0,5 Prozentpunkte niedrigerer Beitragssatz. Das klingt zwar nicht nach wahnsinnig viel, stellt aber immerhin eine Entlastung von 12,50 Euro pro Monat dar. Insgesamt macht das 4 bis 5 Milliarden Euro aus, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet werden. Das ist schon mal nicht nichts. (D)

Die Linke verschweigt vor allem, dass nicht nur die Beiträge sinken, sondern dass auch das Rentenniveau durch die Rente mit 67 steigt. Ohne Anhebung der Regelaltersgrenze wäre das Rentenniveau – Kollege Kolb hat schon darauf hingewiesen – um 0,6 Prozentpunkte geringer. 0,6 Prozentpunkte bedeuten, dass die Standardrente durch die Rente mit 67 um etwa 1,5 Prozent steigt. Wenn wir es darüber hinaus hinkriegen, dass die Menschen tatsächlich zwei Jahre länger arbeiten, sind das bei einer Durchschnittsrente 60 bis 70 Euro pro Monat.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schau an!)

Die Erhöhung des Rentenniveaus bewirkt übrigens auch eine Erhöhung der Rente für alle, die bereits in Rente sind. Von wegen allgemeine Rentenkürzung! Es profitieren alle Bestandsrentnerinnen und -rentner. Sie profitieren zunächst nur ganz wenig, weil die Kurve erst sachte ansteigt, dann aber immer weiter nach oben geht. – Der Kollege Troost nickt, stimmt mir also zu. Sehr schön!

Es profitieren auch alle, die länger arbeiten können. Im nächsten Jahr ist das nur ein Monat. Das dürfte vie-

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) len, die erwerbstätig sind, auch möglich sein. Selbst bei den Arbeitslosen, Herr Ernst, muss genau hingeschaut werden; denn auch wer Arbeitslosengeld I bezieht, bekommt im Regelfall eine höhere Rente. Beim Arbeitslosengeld II ist das schon nicht mehr ganz eindeutig, weil die Rentenhöhe hier von der Gesamtleistungsbewertung abhängt.

Eine Rentenkürzung erhalten allerdings – da haben Sie recht – auch schon im nächsten Jahr diejenigen Arbeitslosen, die von den Jobcentern frühzeitig in Rente geschickt werden. Besonders problematisch finde ich das im Hinblick auf Erwerbsgeminderte und Schwerbehinderte, weil die Altersgrenze, ab der diese ohne Abschlag in Rente gehen dürfen, im nächsten Jahr ebenfalls um einen Monat ansteigt. Das ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler, der dringend korrigiert werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenfassend sage ich: Im Durchschnitt ist die Rente mit 67 eine Verbesserung. Deshalb sind wir grundsätzlich für die Rente mit 67: Der Kuchen für die Rentnerinnen und Rentner wird größer. Die Rente mit 67 bedeutet aber ausgerechnet für die Schwächsten – für Langzeitarbeitslose, Schwerbehinderte, Erwerbsgeminderte und andere, die frühzeitig in Rente müssen – eine Rentenkürzung; auch das ist richtig. Die Rente mit 67 führt dazu, dass die Einkommensschere im Alter weiter auseinandergeht; auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Unsere Schlussfolgerung ist, anders als bei den Linken und in Teilen der SPD, aber nicht: Weg damit! Unser Bestreben ist es, dass möglichst alle von dem größeren Kuchen profitieren. Hier müssen wir ansetzen, und da gibt es noch viel zu tun.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es für ein wichtiges Signal an die Gesellschaft, dass die Rente mit 67 kommen wird; denn 2031 – nicht 2029, Frau Ministerin; das Rechnen fällt der Bundesregierung sowieso schwer – brauchen wir sie. Eine Abschaffung oder Aussetzung hilft nicht weiter. Wir müssen jetzt an die Probleme heran und insbesondere an die Unternehmen ein Signal senden, damit sie endlich mehr Arbeitsplätze für Ältere schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte drei Bereiche ansprechen, in denen dringend gehandelt werden muss:

Erstens. Wir brauchen flexible Übergänge in den Ruhestand. Eigentlich ist die Bezeichnung „Rente mit 67“ Quatsch: Kein Mensch will exakt mit 67 in den Ruhestand. Es ist unserem Rentenberechnungssystem geschuldet, dass wir eine Regelaltersgrenze brauchen. Als Partei der Freiheit ist es aber unser Ziel,

(Anette Kramme [SPD]: Das sind harte Worte!)

dass jeder und jede freier und selbstbestimmter entscheiden kann, wann er oder sie in Rente gehen will, in welchem Umfang er oder sie noch arbeiten will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand soll gezwungen sein, bis 67 zu arbeiten; es soll aber auch niemand gezwungen sein, mit 67 aufzuhören. Wer nicht mehr kann und will, soll nach unserer Vorstellung ab 60 in Rente gehen können; wer kann, soll aber auch länger arbeiten dürfen. (C)

(Elke Ferner [SPD]: Länger arbeiten darf man heute schon!)

Es ist viel besser, die Barrieren für Gesunde, die länger arbeiten wollen, abzubauen, als die Schwachen zu zwingen, länger zu arbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer erwerbsgemindert oder schwerbehindert ist, muss auch weiterhin ab 63 ohne Abschläge in Rente gehen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Teilrente ab 60. Wir brauchen eine Kultur der Altersteilzeit in den Betrieben, aber auch in den Köpfen der Beschäftigten, insbesondere der Männer. Wir brauchen mehr Arbeitszeitsouveränität, nicht nur, aber vor allem im Alter: Wir brauchen nicht nur altersgerechte Arbeitsplätze, sondern auch altersgerechte Arbeitszeiten.

Zweitens. Wir müssen das Arbeitsleben insgesamt so verändern, dass die Menschen bis 67 arbeiten können. Das heißt: weniger psychische Belastungen, mehr Arbeitsschutz, mehr Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz, mehr Weiterbildung, eine bessere Work-Life-Balance. Die Rente mit 67 bietet da aus unserer Sicht eher eine Chance, weil sie den Lebensverlauf etwas entzerzt und weniger Druck in der Rushhour des Lebens verursacht. (D)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Was soll das denn sein: „den Lebensverlauf entzerren“?)

Drittens. Last, not least brauchen wir ein Mindestniveau in der Rente. Wir wollen, dass die Menschen im Regelfall eine Rente erhalten, die zum Leben ausreicht, und fordern deswegen die Grüne Garantierente: Wer mehr als 30 Versicherungsjahre aufweist, muss sich darauf verlassen können, dass die Rente über dem Grundsicherungsniveau liegt. Die Zuschussrente von Frau von der Leyen soll aber erst nach 45 Versicherungsjahren und zusätzlich 35 Jahren privater Altersvorsorge gezahlt werden.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer schafft das denn?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Schutz vor Armut, sondern Armutsbekämpfung für Auserwählte.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist ein Placebo!)

Aber es ist noch schlimmer: Erst werden 45 Versicherungsjahre in der Rentenversicherung und 35 Jahre Eigenvorsorge verlangt; danach wird die Eigenvorsorge gegebenenfalls komplett wieder abgezogen: Alle, die die Zuschussrente kriegen, erhalten 850 Euro. Das ist völlig absurd.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Vorstellung ist das nicht. Die Grüne Garantie-rente garantiert ein Mindestniveau; sie garantiert auch: Wer mehr einzahlt, bekommt auch eine höhere Rente. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der ökonomischen Vernunft.

Wir Grüne sind überzeugt, dass die Anhebung der Regelaltersgrenze sinnvoll und für eine nachhaltige Finanzierung der Rente notwendig ist und sie den Beitragszahlerinnen und -zahlern sowie den Rentnerinnen und Rentnern nützt, Herr Ernst. Wir brauchen aber flankierende Maßnahmen: mehr Freiheit und Selbstbestimmung beim Übergang in den Ruhestand, eine andere Arbeitswelt, damit die Menschen länger arbeiten können, und eine Rente, die effektiv vor Armut schützt. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Karl Schiewerling hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

(B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Dr. Strengmann-Kuhn ausdrücklich dafür,

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das glaube ich!)

dass er in weiten Teilen seiner Darstellung gute sachliche Analysen geliefert hat. Wir stimmen zwar nicht in allen Punkten überein, aber es war schon einmal wesentlich differenzierter als das, was wir vorher von der Opposition gehört haben.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allem von Ihrer Ministerin!)

Ich möchte einen Punkt aufgreifen, von dem ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir ihn in unser Blickfeld rücken. Es geht um die Frage, in welcher Situation wir uns eigentlich befinden. Wir dürfen nicht – wie Frau Ferner gesagt hat – die Augen und die Ohren zumachen und nichts sehen und nichts hören wollen.

Wenn ein System gesellschaftlich stärker akzeptiert und damit insgesamt gestärkt aus der Krise herausgekommen ist, dann ist es die Rentenversicherung.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Rentenversicherung genießt in der politischen Debatte eine so hohe Akzeptanz wie lange nicht mehr, und darüber sind wir froh.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C) Ich sage Ihnen sehr deutlich, dass dies nur erhalten werden kann, wenn wir gegenüber den Grundlagen der Rentenversicherung nicht die Augen verschließen.

Es gelten einige Wahrheiten. Die erste Wahrheit ist: Immer weniger junge Menschen müssen für immer mehr ältere Menschen bezahlen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Uralte Leier!)

Die zweite Wahrheit ist: Die Menschen zahlen immer weniger Jahre in die Rentenkasse ein, werden aber immer länger aus der Rentenkasse versorgt. Die dritte Wahrheit ist: Die Menschen bekommen monatlich vielleicht weniger Rente, aber bezogen auf ihre Lebenszeit bekommen sie mehr Rente. Deswegen ist es notwendig, dass wir die wenigen Stellschrauben, die wir in der gesetzlichen Rentenversicherung haben, richtig nutzen.

In Bezug auf die Stellschrauben haben wir mehrere Möglichkeiten. Erstens. Wir erhöhen den Rentenversicherungsbeitrag, was die Arbeitskosten und die Arbeitnehmer belastet. Dazu sind in den vergangenen Jahren Grundsatzentscheidungen herbeigeführt worden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die falschen!)

Zweitens. Wir erhöhen den Bundeszuschuss und damit die Steuermittel, was all die Auswirkungen nach sich zieht, die wir mittlerweile vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung kennen. Die dritte Möglichkeit, die wir haben: Wir senken das Rentenversicherungsniveau ab, sodass die Menschen im Alter noch weniger haben; aber das ist nicht akzeptabel.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Machen Sie aber!)

(D) Es gibt noch eine vierte Möglichkeit: Wir verkürzen die Rentenlaufzeit. Die Rente mit 67 ist nichts anderes.

Die Rente mit 67 ist in der Großen Koalition nicht mit Hurra eingeführt worden, als etwas, mit dem wir mit großer Begeisterung vor die Presse getreten sind, sondern aus der Erkenntnis, dass wir für die Zukunft der Menschen in unserer Gesellschaft die Verantwortung tragen. Es sind nicht nur angenehme Antworten, die wir zu geben haben, sondern Antworten, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der guten Ordnung halber will ich noch einmal darauf verweisen, was die Rente mit 67 bedeutet. Ab nächstem Jahr arbeiten die Menschen einen Monat länger. Sie gehen nicht mit 65 Jahren in Rente, sondern mit 65 Jahren und einem Monat. Ich prophezeie Ihnen, dass dadurch nicht das blanke Elend in Deutschland ausbrechen wird. Ich halte diesen Schritt für zwingend notwendig, weil wir ohne ihn keine schlüssigen Antworten auf die Frage geben können, wie wir in Zukunft die für alle wichtige umlagefinanzierte Rente erhalten können.

Wir haben mit dem Beschluss zur Einführung der Rente mit 67 ein Begleitpaket geschnürt. Darin ist auch die Frage geregelt, wie wir die Wirkung überprüfen kön-

Karl Schiewerling

- (A) nen. Man kann natürlich zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, aber ich kann doch nicht die Augen davor verschließen, dass immer mehr ältere Menschen immer länger erwerbstätig sind. Noch vor einigen Jahren lag das Renteneintrittsalter bei 61 Jahren, heute liegt es bei über 63 Jahren.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Was nutzt das den Menschen, die mit 64 keinen Job haben?)

Die Menschen werden älter, sie können immer länger in den Betrieben arbeiten. Das ist auch ein Teil der Wahrheit. Wir werden die Rente mit 67 in ihrer vollen Entfaltung erst im Jahre 2029 – je nach Rentenrechnungszeit 2031, das will ich gerne konzедieren – erreicht haben. Das müssen wir auch in den Blick nehmen.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Schaumschläger!)

Wir haben ferner beschlossen, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. So ist das Programm „50 plus“ aufgelegt worden. Es gab zahlreiche Initiativen, um Menschen weiterhin in Beschäftigung zu halten oder in Beschäftigung zu bringen, und das ist gelungen. Es gibt viele Dinge, die sich gut entwickeln. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen verschließen die Augen nicht davor, dass es auch Probleme gibt. Das wäre ja Schönfärberei. Es ist doch nicht so, dass wir nicht mitbekommen, dass es Berufsfelder gibt, die große Probleme hätten, wenn das Renteneintrittsalter heute vollumfänglich bei 67 Jahren liegen würde.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: 90 Prozent haben mit 64 keinen Job! Das ist die Realität!)

- (B) In diesen Berufsfeldern geht es darum, sich umzustellen. Deswegen sind wir mit der Wirtschaft aufgefordert – diese Forderung ist wichtig –, zum Beispiel im Bereich der körperlich sehr anstrengenden Pflege und im Bereich der körperlich sehr anstrengenden handwerklichen Berufe alles zu tun, damit die Menschen länger arbeiten können; denn auch die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass die Menschen länger arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das hätte man vielleicht vorher machen sollen und nicht nachher! – Elke Ferner [SPD]: Was machen Sie denn?)

Wir diskutieren über Fachkräftemangel,

(Elke Ferner [SPD]: Gucken Sie einmal auf die Regierungsbank! Da können Sie den Fachkräftemangel besichtigen!)

und wir diskutieren darüber, dass immer weniger Kinder geboren werden. Aber es darf sich nichts ändern, und es kann sich nichts ändern? In welcher Welt leben Sie denn eigentlich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Betriebe sind auf ihre Fachkräfte angewiesen. Der Vertreter eines großen Industriebetriebes mit 25 000 Beschäftigten hat mir vor kurzem dargelegt, dass 2019 in seinem Betrieb über die Hälfte der Belegschaft 50 Jahre und älter sein wird, weil sie die Jüngeren nicht

bekommen. Maximal 8 Prozent der Beschäftigten in dem Betrieb sind jünger als 20 Jahre. (C)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Die stellen alle befristet ein! So ein Unsinn! Dann sollen sie anständige Verträge machen!)

Davor kann ich die Augen doch nicht verschließen. Auch die Wirtschaft weiß dies. Deswegen muss sich die Wirtschaft in diesem Bereich anstrengen, und sie wird sich anstrengen; denn es ist, wie Konrad Adenauer gesagt hat: Sie müssen die Menschen nehmen, wie sie sind, es gibt keine anderen. – Das ist die Realität, mit der wir umgehen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Dann sollen sie unbefristet einstellen! Dann kriegen sie auch Leute!)

Lassen Sie mich wagen, wenigstens noch einen Satz zum Rentendialog zu sagen, zu dem immerhin der Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische, auf der letzten Bundesvertreterversammlung gesagt hat, dass diese Form des Rentendialogs allen Respekt hervorzurufen hat; denn hier würden die Menschen auf breiter Basis einbezogen. Ich glaube, dass die von der Ministerin auf den Weg gebrachte Zuschussrente Teil dieses Dialoges ist.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Aber keine Problemlösung!)

Ich mache aber überhaupt keinen Hehl daraus, dass wir hinter dem Anliegen der Bundesarbeitsministerin stehen, dass gerade diejenigen unterstützt werden sollen, die in ihrem Leben getan haben, was sie konnten, die Kinder erzogen und ihre alten Angehörigen gepflegt haben und deswegen keine auskömmliche Rente haben, das heißt, keine Rente, die über dem Grundsicherungsniveau liegt. Sie sollen entsprechend der Lebensleistung, die sie erbracht haben, unterstützt und gefördert werden. (D)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Die private Rentenversicherung unterstützen! Das ist die Wahrheit! Lobbyist für die privaten Rentenversicherungen!)

Daran lasse ich keinen Zweifel. Es ist wichtig, dass auch diese Menschen in Zukunft von der Rentenversicherung eine Rente erhalten. Die Rentenversicherung muss für den Teil, der steuerfinanziert ist, vonseiten des Bundes die notwendigen Mittel erhalten, um diese Renten auszahlen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, ist Ihnen bewusst, dass die Zeit mehr als abgelaufen ist?

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Nur die Redezeit!)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Ich sehe, dass Sie mich freundlich anblinken.

Karl Schiewerling

- (A) Wenn in dieser Diskussion eine Botschaft überkommen muss – danach höre ich auf –, dann ist es diese: Wir haben allen Grund, auf diese Rentenversicherung stolz zu sein. Sie hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie fordert unsere Generationen aber auch heraus, und wir haben alles zu tun, was notwendig ist, damit sie ihre Leistungsfähigkeit behält. Dazu gehört auch die Rente mit 67.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Unser Kollege Anton Schaaf hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Anton Schaaf (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Karl Schiewerling, ich schätze dich ja sehr, aber, um ehrlich zu sein, so viel Unfug, wie du jetzt gerade in Bezug auf die Zuschussrente und ihre Wirkung erzählt hast, habe ich selten von dir gehört.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir überprüfen das einmal.

Frau von der Leyen, was mich wirklich umtreibt, ist das, was in dieser Woche geschehen ist – Sie müssen entschuldigen, dass ich nicht sofort auf die Rente mit 67 eingehe, aber das, was in dieser Woche geschehen ist, ist wirklich einmalig –: Die Art und Weise, wie Sie den Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung abgemeiert haben, weil er sich fachlich und sachlich zu Ihrem Vorschlag geäußert hat, ist unglaublich. Das ist ein unglaublicher Vorgang.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vor dem Hintergrund Ihres Modells der Zuschussrente Dr. Rische allen Ernstes vorgeworfen, er würde sozusagen mit einem Schulterzucken hinnehmen, dass die Geringverdiener altersarm werden. Das haben Sie ihm vorgeworfen.

Ihre Zuschussrente erreicht die Leute, die Geringverdiener, von denen Sie reden, jedoch überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Voraussetzungen sind nämlich so hoch, dass fast niemand sie in Anspruch nehmen kann. Ich höre jetzt aus Ihrem Hause, dass Sie vielleicht noch die Anerkennung der Erziehungs- und Pflegezeiten herausnehmen wollen, damit die Zuschussrente mit dem Rentenversicherungssystem überhaupt noch irgendwie kompatibel ist. Aber wenn Sie das machen, erreichen Sie noch weniger Menschen. Das, was Sie da betreiben, ist keine aktive Bekämpfung der Altersarmut.

Wie Sie sich gegenüber Dr. Rische verhalten haben, halte ich für in dem Fall nicht nur sachlich und fachlich

falsch, sondern sogar für eine Unglaublichkeit. Das sage ich Ihnen ganz deutlich, Frau Ministerin. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die Zuschussrente doch einmal an: 45 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt und zusätzlich 35 Jahre privat vorgesorgt – und dann kommt Tante Ursula und sagt: Weil du so fleißig warst und mit deiner Rente nicht auskommst, lege ich ein bisschen was, sozusagen ein Almosen, obendrauf. – Ich sage: Wer 45 Jahre lang geklebt und selbst ein bisschen vorgesorgt hat – das war zumindest immer unser Anspruch –, muss von sich aus eine vernünftige, auskömmliche Rente haben und darf keine Zuschussrente brauchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wo ist denn Ihr Beitrag, Frau von der Leyen, die gesetzliche Rentenversicherung zu stabilisieren und zukunftsfest zu machen? Genau das ist die Frage, die Sie überhaupt nicht beantworten. Sie stellen sich mit viel Pathos hier hin und reden über diejenigen, die es verdient haben, die zu Hause Kinder erzogen und die Eltern gepflegt haben. Natürlich haben die es verdient, aber mit Armutsbekämpfung hat das nichts zu tun.

Ich erinnere nur an den Koalitionsvertrag, Karl Schiewerling, und zwar an euren, nicht an unseren. Darin haben die Alterssicherung und die Bekämpfung der Altersarmut Priorität. Irgendjemand muss einmal versuchen, mir zu erklären, wie diese Zuschussrente tatsächlich Altersarmut bekämpft. (D)

Eigentlich ist es ziemlich zynisch, zu sagen: Wenn die ein Leben lang gering verdient haben, dann helfe ich ihnen am Ende, wenn sie in Rente gehen, mit einem Almosen, damit sie über dem Sozialhilfeniveau sind.

(Frank Heinrich [CDU/CSU]: Und jetzt zum Thema!)

Tun Sie lieber etwas gegen die Geringverdienerei! Tun Sie etwas gegen prekäre Beschäftigung in diesem Land!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sorgen Sie endlich dafür, dass die Menschen einen Mindestlohn haben und sich ordentliche Ansprüche erarbeiten können! Aber an dieser Stelle machen Sie überhaupt nichts.

Der Eingliederungstitel ist schon erwähnt worden. Insbesondere Menschen, die Handicaps und Schwächen haben und deshalb nicht in den ersten Arbeitsmarkt kommen, in einer konjunkturell guten Lage noch Gelder wegzunehmen, statt sie noch mehr an die Hand zu nehmen und ihnen die Chance zu bieten, am Arbeitsmarkt teilzuhaben, ist zynisch, Frau von der Leyen.

Zum Kollegen Kolb:

(Pascal Kober [FDP]: Guter Mann!)

Anton Schaaf

- (A) Herr Kolb, die Idee, dass man alle verpflichtet, sich zu versichern und für das Alter vorzusorgen, ist prinzipiell nicht verkehrt. Aber wer vor dem Hintergrund dessen, was sich an den Finanzmärkten getan hat – wir wissen, dass beispielsweise in den Vereinigten Staaten Hunderttausende, die sich für das Alter nur privat absichern konnten, jetzt arm und pleite sind und sich Almosen vom Staat holen müssen –, sagt: „Es ist egal, wo sie sich versichern. Aber wir wollen auf keinen Fall, dass sie sich in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern“,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

der handelt entweder ziemlich fahrlässig, oder er ignoriert die Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich lasse Ihre Zwischenfrage nicht zu, Herr Kolb.

(Otto Fricke [FDP]: Erst angehen und dann nicht reden lassen!)

Sie haben gesagt, Sie wollen eine Versicherungspflicht. Aber Sie wollen keine Verpflichtung dafür, sich in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern zu lassen. Genau da sind wir anderer Meinung. Wir sind nämlich der Meinung, dass alle die, die in irgendeiner Form erwerbstätig sind, gefälligst in die Rentenversicherung einbezahlen sollten,

- (B) (Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Elke Ferner [SPD]: Genau!)

weil das nämlich der beste Schutz vor Altersarmut ist, den wir in unserem System haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Strengmann-Kuhn, viele Ihrer Argumente teile ich; das ist überhaupt nicht die Frage. Ich bin auch nicht grundsätzlich gegen ein höheres Renteneintrittsalter; darum geht es nicht. Aber Sie haben es doch selbst gesagt: Wenn wir ab dem 1. Januar ein höheres Renteneintrittsalter haben, dann sind auf jeden Fall zumindest diejenigen gestraft, die nicht entscheiden können, ob sie in Rente gehen oder nicht, sondern die in Rente gehen müssen, die quasi zwangsverrentet werden müssen, weil sie nach dem SGB II Renten beantragen müssen. Dazu sagen Sozialdemokraten: Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das hat doch ein Sozialdemokrat durchgesetzt!)

Deswegen sind wir der Meinung: Wir verschieben die Einführung des höheren Renteneintrittsalters und regeln erst einmal diese Sachverhalte.

Ich will einfach nicht hinnehmen, dass Menschen, die dies nicht beeinflussen können, ab dem nächsten Jahr dauerhaft höhere Rentenabschläge hinnehmen müssen. Sozialdemokraten sagen: Zumindest bis wir solche Sachen geregelt haben, muss die Einführung eines höheren

Renteneintrittsalters verschoben werden. Das betrifft (C) übrigens auch gleitende Übergänge und Ähnliches. Klaus Ernst, das ist nicht nur die Frage eines Prozentsatzes, sondern auch andere Bedingungen müssen schlichtweg stimmen.

Eine Bedingung kenne ich aus meiner Praxis. Ich habe bei der Müllabfuhr gearbeitet. Die Arbeit dort ist ziemlich hart; die Menschen arbeiten bei Wind und Wetter. Als Betriebsrat habe ich immer gesagt: Schwere Arbeit muss besser bezahlt werden. Irgendwann waren diese Menschen kaputt und konnten nicht mehr arbeiten. Daraufhin hat derselbe Betriebsrat, der diese schwere Arbeit zugelassen hat, gesagt: Der Sozialstaat muss sich jetzt um sie kümmern. Vielleicht hätten wir einmal darüber diskutieren sollen, wie wir die Menschen, die schwer arbeiten, zum Beispiel auch in der Rente vernünftig absichern. Vielleicht hätten wir darüber diskutieren sollen, wie wir gute Arbeit schaffen, damit die Menschen möglichst lange, bis nah an das Renteneintrittsalter, arbeiten können. Alle diese Probleme wollen wir jetzt sozusagen über die Rentenversicherung lösen. Auf dem Arbeitsmarkt, in den Betrieben, überall haben wir Probleme geschaffen, die wir nun über die Rentenversicherung lösen wollen. An dieser Stelle können wir einfach nicht mitmachen; wir müssen dies ändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich empfinde es nicht als dramatisch, dass man später in Rente gehen soll, aber für diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, müssen wir vernünftige Übergänge schaffen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Elke Ferner hat völlig recht, wenn sie sagt, dass die Abschlagsregelung bei der Erwerbsminderungsrente abgeschafft werden muss. Die Menschen können nichts dafür, dass sie nicht mehr arbeiten können. Man darf sie nicht zusätzlich zu ihrem gesundheitlichen Handicap belasten, indem man ihnen die Rente kürzt. Die Abschaffung dieser Regelung ist eine Voraussetzung dafür, dass man ein höheres Renteneintrittsalter einführt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Elke Ferner hat unseren Antrag ausführlich dargestellt. Wir werden bei dem Antrag der Linken mit Nein stimmen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass es keine Frage der Finanzierbarkeit ist; 0,5 Beitragssatzpunkte sind finanzierbar, auf die lange Strecke bis 2029 allemal. Eines ist klar: Wenn wir die Erhöhung des Renteneintrittsalters jetzt verschieben würden, Herr Kolb, dann hätte man sozusagen nur Vorfinanzierungskosten; denn irgendwann wird das Renteneintrittsalter erhöht. Das würde also finanziell nichts ausmachen.

Mich treibt eher die Frage der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft um. Wir werden weniger Arbeitsfähige in der Gesellschaft haben, wir werden unseren Wohlstand, der verteilt werden soll, aber nach wie vor erarbeiten

Anton Schaaf

- (A) müssen. Dies können wir mit kürzeren Lebensarbeitszeiten nicht schaffen. Wir müssen die Gesellschaft leistungsfähig halten. Darum geht es mir. Wenn man die Gesellschaft leistungsfähig halten möchte, kommt es in erster Linie darauf an, dass man für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Bedingungen schafft, damit sie Leistung erbringen können.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das geht nur, wenn die 64-Jährigen einen Job haben!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention gebe ich das Wort an den Kollegen Kolb.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Schaaf, Sie haben meine Zwischenfrage bedauerlicherweise nicht zugelassen. Deswegen muss ich diese Kurzintervention nutzen, um eine falsche Wiedergabe unseres Konzepts für die Altersvorsorge der Selbstständigen zu korrigieren. Sie haben gesagt, wir wollten auf keinen Fall zulassen, dass Selbstständige in die Rentenversicherung kommen. – Das ist so nicht richtig.

(Elke Ferner [SPD]: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen!)

- (B) Unser Konzept sieht vor, dass es keine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung flächendeckend für jeden geben soll.

(Elke Ferner [SPD]: Wer sich nicht ausreichend versichern kann, muss dann in die Gesetzliche!)

Vielmehr wollen wir, dass es eine Pflicht zur Versicherung gibt. Selbstverständlich müssen auch Selbstständige angehalten werden, in jedem Jahr ihrer Selbstständigkeit in einem ausreichenden Umfang vorzusorgen. Ausreichender Umfang heißt, dass man so viel anspart, dass es am Ende des Erwerbslebens zum armutsfreien Leben im Alter reicht. Das ist unser Konzept.

Wir trauen den Menschen zu, selbst zu entscheiden, wo sie sich versichern wollen. Jemand kann auch sagen: Ich zahle freiwillig Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung. Ich persönlich tue das übrigens auch, weil ich die gesetzliche Rentenversicherung als eine wichtige Säule jeder persönlichen Altersvorsorge ansehe. Menschen, die selbstständig sind, die ein eigenes Unternehmen führen können, sind auch in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen.

Übrigens lehnt auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem aktuellen Gutachten eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung erneut ab. Er hat dies bereits in 2006 getan – das war zu Ihrer Regierungszeit – und bekräftigt nun diese Ablehnung. Unsere Ablehnung hat also durchaus kundige Fürsprecher.

(Elke Ferner [SPD]: Sie folgen den Sachverständigenräten auch nicht immer! Wie war das mit den Euro-Bonds?)

(C)

Im Übrigen warne ich vor der Idee, jetzt eine Erwerbstätigenversicherung oder was auch immer einzuführen, um auf diese Weise neue Beitragszahler in die gesetzliche Rentenversicherung zu holen. Das führt natürlich zunächst dazu, dass viele zusätzliche Beitragseinnahmen generiert werden. Aber auf lange Sicht entstehen dadurch auch Verpflichtungen für die gesetzliche Rentenversicherung. Es spricht einiges dafür, dass die Probleme 2030, 2035 kulminieren werden, weil sie dann demografisch bedingt besonders gravierend sein werden. Deswegen ist Ihr Vorschlag, die Erwerbstätigenversicherung, keine Lösung des Problems. Eine Pflicht zur Versicherung zu installieren, wäre aber, glaube ich, sehr zielführend.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Schaaf zur Antwort, bitte.

Anton Schaaf (SPD):

Sehen Sie, Herr Kolb: Mich treibt um, dass es mittlerweile eindeutige Zahlen gibt, wie hoch die Rendite der Riester-Rente ist.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie haben die geltenden Rahmenbedingungen geschaffen!)

(D)

– Ja. Aber man muss auch dazulernen dürfen und zur Kenntnis nehmen: Die Rendite der Riester-Rente ist im Moment der staatliche Zuschuss und sonst gar nichts. An zusätzlicher Rendite kommt für die Menschen, die in eine Riester-Rente investieren, nicht viel heraus. Die Menschen, die privat vorgesorgt haben, haben in den letzten Monaten und Jahren höllische Angst gehabt, dass ihre Altersvorsorge flöten geht, weil die Finanzmärkte zusammengebrochen sind.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Dann hat die SPD wohl etwas falsch gemacht!)

In Amerika, wo das System der Altersvorsorge fast ausschließlich privat organisiert ist, sind Hunderttausende von Menschen aufgrund der Finanzkrise altersarm. In so einer Zeit zu sagen: „Die Menschen sollen selbst überlegen, was sie machen, und sich irgendwie privat absichern“, halte ich für fahrlässig. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das System, das den Menschen in der Vergangenheit am meisten Sicherheit geboten hat und bei dem sich jeder sicher sein konnte, dass es funktioniert, war das Rentenversicherungssystem – paritätisch und solidarisch. An dieser Stelle wird es spannend. Sie haben nämlich ein Problem mit dem Wort „solidarisch“. Sie glauben, jedem ist geholfen, wenn er sich selber hilft. Wir glauben, dass

Anton Schaaf

- (A) eine große, starke Gemeinschaft wie die Rentenversicherung, die auf Parität und Umlageverfahren beruht, den Menschen auch in Zukunft viel mehr Sicherheit bietet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Aber nur ein Drittel ist Steuerzuschuss!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Pascal Kober hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Pascal Kober (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich glaube, Sie unterschätzen die Menschen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, Sie überschätzen sich selbst!)

Ich denke, die Menschen wissen sehr genau, dass uns die zu erwartende demografische Entwicklung, die unabwendbar ist, zum Handeln zwingt. Lieber Herr Ernst, ich möchte Ihnen das an zwei Zahlen deutlich machen.

- (B) Im Jahr 2009, also vor zwei Jahren, sind ganz genau 651 000 Kinder geboren worden. Wir wissen, dass rückwirkend kein einziges hinzugefügt werden kann. Wenn die Rente mit 67 im Jahr 2029 vollumfänglich zur Geltung kommt, werden diese Kinder 20 Jahre alt sein, ihre Berufsausbildung abgeschlossen oder gerade ein Studium begonnen haben. In diesem Jahr, 2029, werden 1,35 Millionen Menschen in den Ruhestand gehen. Allein dieses Zahlenverhältnis zeigt, dass wir handeln müssen.

Ich kann Ihnen das auch an einer anderen Zahl deutlich machen. Im Jahr 1970 waren es fünf Beitragszahler, die eine Rente finanziert haben, im Jahr 2000 nur noch drei. Wenn sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern nicht weiter zuungunsten der Beitragszahler verschieben soll, dann müssen wir handeln. Die Menschen verstehen das und werden sich von Ihnen keine Angst machen lassen. Aus Gründen der Generationengerechtigkeit war es richtig, hier zu handeln. Wir werden uns von diesem richtigen Weg nicht abkehren.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Herr Ernst. Es ist nicht so, dass wir den Menschen Rentenzeit bzw. Lebenszeit stehlen würden. Vor 50 Jahren betrug die durchschnittliche Rentenbezugsdauer 10 Jahre, heute sind es 18 Jahre. Ich halte es auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit für vertretbar, dass wir das Renteneintrittsalter maßvoll und in kleinen Schritten bis 2029 erhöhen – wohlgemerkt, die Rente mit 67 trifft erst die Jahrgänge ab 1964, also diejenigen, die heute 47 Jahre alt sind –, damit die Rentenversicherung auch in Zukunft stabil und finanzierbar bleibt.

Ich glaube, dass die Politik auf dem richtigen Weg ist. Wir dürfen den Menschen allerdings keine Angst ma-

chen. Ich glaube nicht, dass wir das Rad rückwärts drehen müssen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass der unabwiesbare Trend, dass immer mehr ältere Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, anhalten und sich in Zukunft weiter verstärken wird. Wir müssen die Menschen und die Betriebe dabei unterstützen, sich darauf einzustellen, dass in Zukunft mehr ältere Menschen arbeiten wollen. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung – die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vorneweg – Initiativen wie beispielsweise das Demografie-Netzwerk unterstützt. In diesem Rahmen haben sich über 220 Unternehmen zusammengeschlossen, um Wissenstransfer zu leisten und Tipps, wie Menschen bei guter Gesundheit längere Zeit in einem Betrieb arbeiten können, auszutauschen.

Was wir jetzt brauchen, sind neue Konzepte, beispielsweise eine innovativere Berufsbildungspolitik, mit der es in Zukunft vielleicht möglich sein kann, auch in einem höheren Alter noch einmal einen neuen Beruf zu lernen, damit, wenn es in dem einen Beruf nicht mehr weitergeht, in einem neuen Beruf eine Erwerbstätigkeit bis ins hohe Alter möglich ist.

Lieber Herr Ernst, ich glaube, Sie sollten den Menschen lieber Mut statt Angst machen. Sie sollten in die Zukunft schauen, statt rückwärtsgewandte Politik zu betreiben. Lieber Herr Ernst, wenn Sie das machen, dann werden Sie meine Unterstützung haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Matthias Birkwald hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich einmal ein paar Worte zur SPD sagen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein!)

Ihr Kollege, unser Bundestagskollege Ottmar Schreiner, hat auf Ihrem Bundesparteitag eine hervorragende und engagierte Rede zur Rentenpolitik und gegen Altersarmut gehalten. Man muss deutlich sagen: Die SPD ist seinen vernünftigen Vorschlägen leider nicht gefolgt.

(Elke Ferner [SPD]: Es ist aber nicht abgelehnt worden! Das gehört zur Wahrheit auch dazu!)

Deshalb müssen die Menschen wissen – wir haben das gerade noch einmal gehört –: Die SPD hält weiterhin grundsätzlich an der Rente erst ab 67 fest. Sie will sie nur so lange aussetzen, bis die Hälfte aller 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung steht. Wenn alles so weiterläufe wie bisher, dann wäre das frühestens in 16 Jahren, also 2027, der Fall. Frau Ministerin, auch einmal zu Ihren Zahlen: Das wäre ein Aufwuchs von 1,5 Prozentpunkten pro Jahr. Mehr ist das

Matthias W. Birkwald

- (A) nicht! Ich sage nur: Das ist Wischiwaschi. Entscheiden Sie sich, liebe SPD!

(Beifall bei der LINKEN)

So traurig es auch ist: Wer SPD sagt, wird auch weiterhin an Rentenkahlschlag denken müssen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Besonders hart würden die geforderten zwei Jahre Arbeit zusätzlich bis zur Rente jene treffen, die schon heute aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie als ältere Menschen einfach keinen Job mehr finden, vorzeitig in Rente gehen müssen. Chemiarbeiter, Chemiarbeiterinnen, Elektriker und Elektrikerinnen gehen heute zum Beispiel im Durchschnitt mit 62 Jahren in die Rente. Knapp 70 Prozent von ihnen müssen Rentenkürzungen hinnehmen. Bauarbeiter gehen mit knapp 63 Jahren in die Rente – drei von fünf mit Abschlagen.

Auf diese bereits schlechte Ausgangslage setzen Sie mit der Rente erst ab 67 nun noch einen obendrauf. Das heißt, Sie werden Arbeitgebern Milliarden in die Tasche spülen, und vor allem werden die Renten der Betroffenen massenhaft gekürzt werden. Das ist die drohende Wirklichkeit der Rente erst ab 67, und genau das will die Linke verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Es heißt ja – wir haben das heute wieder gehört –, wer länger lebt, könne länger arbeiten. Das ist an sich schon falsch; denn die Rente erst ab 67 wird die Menschen weder gesünder machen noch haufenweise neue Jobs für Ältere hervorbringen. Wo sollen die denn herkommen?

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!)

Es kommt aber noch viel schlimmer. Die Lebenserwartung steigt nicht für alle Menschen, Herr Kolb. Im Gegenteil!

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Doch!)

– Hören Sie jetzt bitte gut zu, damit Sie nicht wieder so einen Unsinn erzählen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die durchschnittliche Lebenszeit von Männern mit niedrigen oder niedrigsten Löhnen hat sich in den vergangenen zehn Jahren nämlich nicht etwa erhöht, sondern sie hat sich um zwei Jahre verkürzt.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Nein! – Dr. – Heinrich L. Kolb [FDP]: Können Sie mir sagen, wo das stehen soll? – Otto Fricke [FDP]: Das ist doch falsch!)

Im Osten hat sich die durchschnittliche Lebenszeit geringverdienender Männer sogar um fast vier Jahre verringert.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Falsch! – Frank Heinrich [CDU/CSU]: Blödsinn!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

(C)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

All diese Zahlen können Sie in der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage nachlesen, und die Deutsche Rentenversicherung hat sie bestätigt.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wo steht das?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Herr Weiß würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Bitte schön, Herr Weiß.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte, Herr Weiß.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Kollege Birkwald, nachdem bereits die Vorrednerin, Frau Bundesministerin von der Leyen, und auch die Vorredner der Regierungsfractionen Sie darauf hingewiesen haben, dass Sie die Zahlen schlichtweg falsch wiedergeben,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Nein, das tut er nicht!)

frage ich Sie: Würden Sie jetzt endlich einmal zugestehen, dass das, was Sie vortragen, schlichtweg falsch ist?

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Unsinn! Ich habe es nachgelesen!)

(D)

Es ist schlichtweg falsch, und Sie haben eine üble Falschmeldung in die Presse gesetzt, weil Sie die Sterbetafeln der Deutschen Rentenversicherung mit den Untersuchungen zur Lebenserwartung verwechseln.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Das ist der grundlegende Fehler, den Sie gemacht haben.

Die Untersuchungen der Deutschen Rentenversicherung, die Sie nachlesen können, bestätigen für alle Einkommensgruppierungen eine steigende Lebenserwartung. Genauso bestätigt das Statistische Bundesamt

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Stimmt nicht!)

steigende Lebenserwartungen für alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland.

(Elke Ferner [SPD]: Dann hat die Bundesregierung wohl falsch geantwortet!)

Ich bitte Sie jetzt herzlich, hier im Plenum des Deutschen Bundestages endlich diesen Fehler einzugestehen. Sterbetafel hat nichts mit Lebenserwartungstafel zu tun. Lesen Sie bitte die richtige Statistik, und geben Sie die bitte hier wieder.

(A) **Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):**

Herr Weiß, Sie müssen jetzt wirklich sehr tapfer sein, und Sie auch, Herr Kolb. Jetzt passen Sie einmal auf. Schauen Sie doch bitte alle einmal auf Seite 19 der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage nach. Da heißt es in der Antwort der Bundesregierung:

Die durchschnittliche Bezugsdauer ... ist ... gestiegen ... Dies spiegelt ... die Zunahme der Lebenserwartung ... wider.

Damit beziehen Sie sich auf den Durchschnitt über alle. Wenn dieser Satz richtig ist, dann ist eine gesunkene Rentenbezugsdauer natürlich auch ein Beleg für eine gesunkene Lebenserwartung.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:
Nein!)

– Selbstverständlich! Jetzt hören Sie einmal zu. Sie müssen rechnen können.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sie können nicht rechnen! – Zuruf von der CDU/CSU: Oh Mann!)

– Wollen Sie jetzt eine Antwort haben oder nicht? – Schauen Sie in den Anhang auf Seite 46 ff. Schauen Sie sich in der PDF-Datei die Seiten 96 ff. an. Da geht es um fast 16 400 Fälle, Männer. Das sind diejenigen, die nach dem 65. Lebensjahr als langjährig Versicherte Rente bezogen haben. Da müssen Sie nur ganz einfach rechnen. Wenn Sie ein durchschnittliches Sterbealter ausrechnen wollen, dann müssen Sie sich ansehen, wie lange die Rentenbezugsdauer war. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei geringverdienenden Männern nach dem 65. Lebensjahr betrug im Jahr 2001 12,5 Jahre. Im Jahre 2010 waren es 10,5 Jahre. Das sind zwei Jahre weniger oder minus 16 Prozent. Wer rechnen kann, ist klar im Vorteil.

(Beifall bei der LINKEN – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das ist falsch, Herr Birkwald! – Otto Fricke [FDP]: Jetzt weiß ich, warum die DDR pleite gegangen ist!)

Wenn jetzt behauptet wird, Herr Weiß, das seien zu geringe Fallzahlen: Diese über 16 000 Männer sind 7,4 Prozent aller Betroffenen. Sie können das gerne nachrechnen. Die Zahlen stimmen. Das haben auch Journalisten gemacht und anschließend schreiben können. Das Dementi der Regierung war sehr verhalten. Denn es stimmt selbstverständlich, was ich Ihnen hier erzähle.

(Beifall bei der LINKEN)

Bleiben wir dabei: Sie wollen den Menschen unter diesen Bedingungen noch zwei Jahre länger Arbeiten oder gekürzte Renten zumuten. Da sage ich: Das ist eine Verhöhnung der Betroffenen und ein sozialpolitischer Super-GAU, ein Super-GAU, den Union, SPD, FDP und Grüne zu verantworten haben; denn de facto wird die Rentenzahlung gerade für Männer mit geringen Einkommen mit der Rente erst ab 67 um bis zu sechs Jahre verkürzt, wenn es bis zum Ende gerechnet wird. Das ist Sozialpolitik mit dem Hackebeil. Auch deswegen fordert

die Linke: Weg mit der Rente erst ab 67, ohne Wenn und Aber. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, eine drastische Rentenkürzung, wie es Herr Schiewerling eben gesagt hat, ist nicht die Alternative zur Rente erst ab 67. Das wird ja fälschlicherweise immer wieder behauptet. Im Gegenteil: Sie ist die unvermeidliche Folge der verordneten längeren Lebensarbeitszeit.

Die von Ihnen, Frau Ministerin von der Leyen, als drastisch bezeichneten höheren Beiträge, die nötig wären, um die Rente erst ab 67 zu verhindern, schrumpfen bei genauerer Betrachtung – das ist hier schon gesagt worden – auf einen halben Beitragssatzpunkt bis zum Jahre 2030 zusammen. Bei einem heutigen Durchschnittsverdienst wären das knapp 6,30 Euro im Monat. Das wäre allemal besser als gekürzte Renten im Alter.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber selbst das muss in diesem Umfang nicht sein. Deswegen fordere ich Sie auf: Verzichten Sie auf die geplanten Beitragssatzsenkungen. Dann kann in den kommenden Jahren die Rente finanziert werden, ohne dass das Renteneintrittsalter angehoben werden muss.

Meine Damen und meine Herren, es ist nicht sinnvoll, starr an einer Altersgrenze als Voraussetzung für eine Rente festzuhalten. Die Linke sagt, wir brauchen auch flexible Übergänge in den Ruhestand. Denken Sie beispielsweise an Fliesenleger, Altenpfleger, Krankenschwestern und Erzieherinnen, oder denken Sie an Gerüstbauer und Sanitäter. Die Linke will, dass beispielsweise Menschen wie diese, die 40 Jahre Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt haben, vor dem 65. Geburtstag in Rente gehen dürfen, und zwar ohne Kürzungen. Das wäre gerecht. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, unsere Rentenpolitik geht weit über die notwendige Kritik an der Rente erst ab 67 hinaus. Das linke Rentenkonzept werden wir im kommenden Jahr hier zur Diskussion stellen. Drei Punkte werden dabei von zentraler Bedeutung sein: Erstens. Linke Rentenpolitik sichert den Lebensstandard. Zweitens. Linke Rentenpolitik schützt vor Altersarmut. Drittens ist unsere linke Rentenpolitik

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Unbezahlbar!)

geprägt vom Prinzip der Solidarität

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Linke Rentenpolitik ist unbezahlbar!)

und bezahlbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Max Straubinger das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Max Straubinger** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Rechenkünste des Kollegen Birkwald sind hier wieder dargelegt worden. Sie zeigen letztendlich: Sie sind immer noch kommunistisch angehaucht,

(Lachen bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie wissen ja nicht einmal, was das ist, Herr Straubinger!)

und mit den kommunistischen Rechenkünsten hat man noch nie gute Ziele und erst recht keine richtigen Ergebnisse erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir reden wiederum, zum x-ten Mal, über das Thema „Rente mit 67“. Ich möchte vorweg feststellen, dass die Rente mit 67 eine Antwort auf die demografische Entwicklung in Deutschland ist.

Herr Kollege Birkwald, Sie können gerne Äpfel mit Birnen und Sonstigem in Vergleich setzen. Dabei kommt immer Falsches heraus. Das führt zum Beispiel zu der Behauptung, die Rentenbezugsdauer hätte abgenommen, die Leute würden früher sterben. Eine sinkende Rentenbezugsdauer kann auch damit zu tun haben, dass die Menschen später in Rente gehen, weil wir die Frühverrentungsmöglichkeiten reduziert bzw. abgeschafft haben. Auch deshalb mag unter Umständen eine kürzere Rentenbezugsdauer herauskommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Straubinger, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Birkwald zulassen?

Max Straubinger (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Herr Kollege Straubinger, es ist natürlich nicht so, wie Sie sagen. Es sind ausschließlich die Fallzahlen von Menschen, die ihr Leben bereits gelebt haben, verwendet worden,

(Otto Fricke [FDP]: Die ihr Leben gelebt haben? Was ist das für eine Einstellung?)

und zwar mit den Rentenbezugsjahren nach dem 65. Geburtstag.

Ich bitte Sie, mir jetzt, bitte schön, einmal einen Fall zu nennen – außer dem Sterbefall –, der ein Grund für den Wegfall einer Rente von geringverdienenden Männern sein könnte, die nach dem 65. Geburtstag Rente bezogen haben.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Eine Spende von der CDU!)

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Kollege Birkwald, es ist auch sehr schön in der *Sächsischen Zeitung* wiedergegeben. Ich zitiere daraus:

Ein Lehrbeispiel, wie auch mit korrekten statistischen Zahlen – vorsichtig formuliert – unseriös Politik gemacht werden kann, lieferte gerade die Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das ist doch keine Antwort!)

Das zeigt sehr deutlich: Das ist letztendlich – –

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Keine Antwort!)

– Das ist die Antwort.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sie verstehen gar nicht, wovon Sie reden!)

– Herr Kollege Ernst, weil Sie gerade dazwischenrufen: Ich würde Ihnen gerne einen guten Rat geben. Sie sind ja derzeit im Kampf um den Parteivorsitz. Da geht es auch darum, dass Sie irgendwo wieder Zustimmung erhalten. Aber Sie sollten nicht kritiklos alles unterschreiben.

Es ist ja toll, was den Linken alles einfällt, um Begründungen zu liefern, warum die Rente mit 67 unsozial sei. In Ihrem Entschließungsantrag steht als eine dieser Begründungen auch – ich zitiere –:

Die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt, die jungen Menschen verbleiben immer länger in Warteschleifen und die Qualität der Arbeitsplätze lässt immer mehr zu wünschen übrig.

Werte Kolleginnen und Kollegen der linken Fraktion, dann sollten Sie aber einmal die Ergebnisse in diesem Bereich betrachten. Vorhin ist die Meldung gekommen, dass im Jahr 2011 540 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Das ist ein Plus von 4 Prozent bzw. von 20 700 Verträgen. Außerdem hat der DIHK jüngst gemeldet, dass 70 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Das ist die Realität.

Sie wollen dazu beitragen, in unserer Gesellschaft ein Zerrbild dieser Realität zu erzeugen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Lieber Kollege Ernst, deshalb sollten Sie besser darauf schauen, was Sie mit unterschreiben. Sonst kommen Sie in denselben Sog.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich hatte meine Rede mit der Feststellung begonnen, dass die Rente mit 67 eine Antwort auf die demografische Entwicklung in Deutschland ist. Das ist unbestritten. Bis zum Jahr 2029 wird die Lebenserwartung bei uns um drei Jahre steigen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber nicht bei den geringverdienenden Männern!)

Das bedeutet auch, dass dann natürlich länger gearbeitet werden muss. Toni Schaaf hat zumindest in gewisser Weise anerkannt, dass länger gearbeitet werden muss. Allerdings drückt sich die SPD dann um die Ant-

(C)

(D)

Max Straubinger

- (A) wort und will die Rente mit 67, die sie in der Großen Koalition unter dem tatkräftigen Einsatz des damaligen Bundesarbeitsministers Franz Müntefering mit verabschiedet hat, nicht mehr mittragen.

Das Ganze ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Es geht natürlich auch um Beiträge. Die Linke-Fraktion hat hier so einfach gesagt – das hat auch der Kollege Schaaf ganz locker gemacht –: Das sind doch nur 0,5 Prozent. Aber es geht darum, dass die junge Generation nicht grenzenlos mit Beiträgen, mit Abgaben, mit Steuern zu belasten ist,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

denn sie will auch netto etwas in der Tasche haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb geht es bei der Entscheidung über die Rente mit 67 darum, die Demografiefestigkeit unseres Rentenversicherungssystems herauszustellen, und darüber hinaus auch um Generationengerechtigkeit gegenüber den jüngeren Menschen in unserer Gesellschaft. Ich frage mich, wie die SPD begründen will, dass die Rente mit 67 jetzt nicht umsetzbar sei und erst dann umgesetzt werden könne, wenn 50 Prozent der Menschen vom 60. bis zum 64. Lebensjahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien.

Herr Kollege Schaaf, Frau Kollegin Ferner, wenn sie noch da ist, Eurostat hat für September 2010 ermittelt, dass 48,6 Prozent der Menschen in Deutschland zwischen 40 und 60 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Das zeigt sehr deutlich, dass Sie sich knallhart und nur mit etwas schöneren Worten von der Rente mit 67 verabschieden und damit den gleichen Fehler wie 1998 begehen wollen, als Sie die Einführung des demografischen Faktors in der gesetzlichen Rentenversicherung verhindert bzw. ausgesetzt haben und plötzlich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgewacht ist und festgestellt hat, dass das sein größter Fehler war.

- (B) Sie haben möglicherweise damit zwar die Bundestagswahl gewonnen, aber nichts für die älteren Menschen und für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland getan, nämlich dafür zu sorgen, dass es weiterhin eine sichere und verlässliche Versorgung im Alter gibt, gestützt auf die gesetzliche Rentenversicherung, auf die betriebliche Altersversorgung und zusätzlich auf die private, kapitalgedeckte Versorgung, die mit anzustreben ist.

Bei der Zuschussrente, die die Frau Ministerin vorgeschlagen hat, Herr Kollege Schaaf, müssen die Versicherungszeiten nicht nur Beitragszeiten sein, sondern hierzu zählen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Mutterschutzes, der Ausbildung und andere relevante Zeiten. Damit ist es ein Leichtes, 45 Versicherungsjahre zu erreichen.

Bei der Zuschussrente, die die Frau Ministerin vorgeschlagen hat, Herr Kollege Schaaf, müssen die Versicherungszeiten nicht nur Beitragszeiten sein, sondern hierzu zählen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Mutterschutzes, der Ausbildung und andere relevante Zeiten. Damit ist es ein Leichtes, 45 Versicherungsjahre zu erreichen.

(Beifall des Abg. Karl Schiewerling [CDU/CSU])

In diesem Sinne: Lasst uns die kommenden Aufgaben angehen. Die Rente und vor allen Dingen die Rentenpo-

litik sind bei dieser Bundesregierung am besten aufgehoben. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Johannes Vogel hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, Sie haben uns mit Ihrer Großen Anfrage diese erneute Rentendebatte beschert, aber in der Tat wird sie von dieser wirklich bemerkenswerten

(Zuruf von der SPD: Situation der FDP!)

– nein! – Verhetzung überlagert, die Sie in den letzten Tagen in die Presse gebracht haben, Herr Birkwald. Es ist schon mehrfach ausgeführt worden, welcher Quatsch das ist. Die einzige Stelle, die in Deutschland wirklich belastbare und seriöse Daten über die Lebenserwartung erhebt, ist das Statistische Bundesamt. Das Bundesamt sagt ganz klar: Die Lebenserwartung ist über alle Einkommensgruppen hinweg gestiegen, Herr Birkwald.

Ich sage Ihnen: Das ist eine Frage der politischen Auseinandersetzung und des Stils unserer Auseinandersetzung. Der Kollege Fricke rief mir eben bei Ihrer Rechnung zu: Jetzt wissen wir wenigstens, warum die DDR damals pleite gegangen ist. Aber auf dem Niveau will ich mich mit Ihnen gar nicht weiter unterhalten. (D)

(Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich lasse keine Zwischenfrage zu. Sie haben heute oft genug versucht, zu erklären, wie Sie zu dieser Rechnung kommen. – Ich will ganz offen sagen: Man kann Fakten politisch unterschiedlich bewerten. Aber Fakten zu verdrehen, Herr Birkwald, ist – das finde ich ganz persönlich – unter Ihrem Niveau. Das ist schade.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viel interessanter finde ich, was die SPD in dieser Debatte abgeliefert hat. Wie Sie hier um das Thema Rente mit 67 herumgetanzt sind, ist wirklich interessant.

Ein Punkt ist: Sie wollen es nicht gewesen sein. Es sei ja nur die CDU/CSU gewesen.

(Elke Ferner [SPD]: Wir waren es auch nicht!)

– Doch. Sie haben gesagt, die CDU/CSU habe es durchgesetzt, und Sie hätten den Kompromiss unter Schmerzen vertreten.

(Elke Ferner [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Zuhören!)

– Das ist das, was Sie behaupten.

Johannes Vogel (Lüdenscheid)

- (A) Ich erinnere mich hingegen auch, dass der damalige Arbeits- und Sozialminister Müntefering das Thema Rente mit 67 aus Überzeugung und sehr offensiv vertreten hat. Er hat das ja aus gutem Grund getan, Frau Kollegin Ferner: weil die Lebenserwartung gestiegen ist. Das ist eine gute Nachricht.

Als das Renteneintrittsalter mit 65 festgelegt wurde, lag die Lebenserwartung von Frauen 20 Jahre unter der heutigen, die von Männern 30 Jahre darunter. Dass wir die Menschen zwei von diesen gewonnenen 30 Jahren arbeiten lassen wollen, ist ein selbstverständlicher Schluss, und es ist eine gute Nachricht.

(Elke Ferner [SPD]: Sie müssen arbeiten können, Herr Kollege! Wie viele Jahre haben Sie denn überhaupt in die Rentenversicherung einbezahlt?)

Frau Kollegin Ferner, Sie haben immer wieder gesagt, man müsse das darauf überprüfen, ob es mit der Arbeitsmarktlage zusammenpassen würde.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Interessant ist, welche Voraussetzungen Sie dafür nennen. Sie sagen plötzlich, 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen müssten sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Interessant ist, dass Sie diese Forderung nie erhoben haben, als Sie in der Regierung waren. Sie haben sie plötzlich aus dem Hut gezaubert.

(Elke Ferner [SPD]: Nicht plötzlich! Das stand schon 2009 im Wahlprogramm der SPD!)

- (B) Das ist völlige Willkür. Sie schauen sich nämlich die Zahlen nicht richtig an. Frau Kollegin Ferner, lassen Sie uns ansehen, wie sich die Zahlen wirklich entwickelt haben. Sie können nicht die Gesamtquote nehmen – die kannten Sie schon –, sondern wir müssen den Blick darauf richten, wie die Entwicklung in den letzten fünf Jahren war. Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt war doch grandios: Es gibt mehr Perspektiven für Ältere. Den Weg müssen wir fortsetzen.

Wie gesagt: Es gibt mehr Perspektiven. Bei den 60- bis 65-Jährigen hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 40 Prozent erhöht.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Und bei den 64-Jährigen, Herr Kollege? Wie ist es bei den 64-Jährigen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, was haben Sie sich denn gewünscht? Wenn Sie ehrlich wären, dann müssten Sie zugeben: Die Entwicklung ist besser, als Sie es sich je erhofft haben. Der einzige Grund, warum Sie von der Rente mit 67 wegtänzeln, ist, dass Sie den Kollegen Rechenkünstlern von den Linken hinterherlaufen. So kann man aber keine verantwortungsvolle Politik machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Sie denken an Ihre Redezeit.

(C)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

Ich denke an die Redezeit.

(Stefan Rebmann [SPD]: Der redet, bis er 67 ist!)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Nicht nur denken.

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

Ich komme zum Schluss.

Wir bekennen uns zu einem generationengerechten Rentensystem. Deshalb bekennen wir uns zu den Beitragszielen. Wir bekennen uns zur Rente mit 67. Wir sorgen für mehr Flexibilität im aktuellen Rentendialog, Herr Kollege Strengmann-Kuhn, statt nur darüber zu reden. Und wir investieren auch in die Qualifikation der Beschäftigten, um den Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass er zu einer Rente mit 67 passt, wenn wir sie 2030 haben werden.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner in unserer Debatte ist für die Fraktion der CDU/CSU unser Kollege Peter Weiß. Bitte schön, Kollege Peter Weiß.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das wirklich Bemerkenswerte in der deutschen Rentenpolitik ist, dass die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland, die schon einige sogenannte Experten für krank und nicht mehr zu retten erklärt haben, besser dasteht denn je. Wir haben 1,4 Monatsausgaben auf der hohen Kante. Eine so hohe Rücklage hat es in der Rentenversicherung selten gegeben.

Wir haben zum 1. Januar 2012 die Möglichkeit, den Rentenversicherungsbeitrag von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken und damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bares Geld in der Tasche zu belassen. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Pascal Kober [FDP])

Wir werden aller Voraussicht nach die Möglichkeit haben, dass ab 1. Juli nächsten Jahres die Renten im Westen um 2,3 und im Osten um 3,2 Prozent steigen.

Dass wir seit langem so hervorragend dastehen, ist auf die Reformpolitik in der Rente und gleichzeitig auf die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zurückzuführen. Darauf sollten wir stolz sein.

Peter Weiß (Emmendingen)

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es muss ein Motto geben: Keine Rolle rückwärts in der Rentenpolitik. Denn damit gefährden wir die Erfolge, die wir bis heute erreicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Statistische Bundesamt sagt uns: Die Lebenserwartung für jeden von uns steigt kontinuierlich um etwa sechs Wochen pro Jahr an.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber nicht für alle!)

Wenn diejenigen, die in den kommenden Jahren in Rente gehen, die Chance haben, fünf oder zehn Jahre länger Rente zu beziehen, als es ihre Großeltern und Eltern konnten, dann ist es doch eine Frage der Gerechtigkeit, ob man bereit ist, eventuell etwas länger zu arbeiten und nicht alle Kosten bei den Jungen abzuladen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Solidarität ist das Prinzip unserer Sozialversicherung, Solidarität zwischen Jung und Alt. Die wollen wir stärken, die Linken wollen sie in Wahrheit zerstören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

(B) Das Schlimme ist, dass die Linken heute in der Debatte und zuvor in ihrer Presseerklärung schlichtweg eine Falschmeldung in die Welt gesetzt haben. Würden die Linken sich die Mühe machen, die Veröffentlichungen der Deutschen Rentenversicherung regelmäßig zu lesen, und zwar genau, wäre ihnen zum Beispiel auch die Untersuchung der Deutschen Rentenversicherung zur Lebenserwartung der Rentnerinnen und Rentner aufgefallen, in der festgestellt wird, dass für alle Bevölkerungsgruppen die Lebenserwartung steigt. Auch für die sogenannten Geringverdiener ist sie zum Beispiel nach dieser Untersuchung zwischen 1994 und 2001 um 1,5 Jahre gestiegen. Deswegen muss an dieser Stelle klargestellt werden: Die Linke lügt und will mit diesen falschen, verlogenen Behauptungen hier Politik machen. Das weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Herr Kollege Weiß, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus der Fraktion Die Linke?

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):
Gerne.

Vizepräsident Eduard Oswald:
Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Herr Kollege Weiß, den Vorwurf der Lüge weise ich natürlich in aller Schärfe zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Ich will Sie darauf hinweisen, dass Sie in der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage nachlesen können, dass bei einer Fallzahl von fast 16 400 Männern mit weniger als 0,75 Entgeltpunkten, also Männern, die weniger als drei Viertel des Durchschnitts verdient haben, 14 570 in der Untersuchung sind, die zwischen der Hälfte und drei Viertel des Durchschnitts verdient haben. Diese Zahlen sind aussagekräftig. Es handelt sich nicht um Erwartungen, es ist keine Theorie, sondern es sind Fakten. Diese Männer haben gelebt, sie haben lange Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet, und sie sind gestorben. Sie hatten eine verkürzte Rentenbezugsdauer. Ich sage es Ihnen noch einmal: Bei den Männern, die zwischen der Hälfte und drei Viertel des Durchschnitts verdient haben, ist die Bezugsdauer von 2001 bis 2010 von 12,5 auf 10,5 Jahre gesunken und das Sterbealter von 77,5 Jahre auf 75,5 Jahre. Da können Sie nicht sagen, dass wir lügen. Wenn Sie diese Zahlen zurückweisen, dann schämen Sie sich offenkundig, und dann fällt der Vorwurf der Lüge auf Sie zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Einige wenige könnten überhaupt nicht einen solchen Trend beeinflussen; denn die sinkende Rentenbezugsdauer findet sich nicht nur zwischen dem Jahr 2001 und dem Jahr 2010, sondern über die Kalenderjahre hinweg bei der unteren Einkommensgruppe, und zwar fast konstant. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Sie können die Zahlen nachlesen. Sie sind signifikant. Keiner von uns bezweifelt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland gestiegen ist. Auch das haben Sie wieder erzählt. Das gilt aber eben nicht für alle. Es gibt Gruppen, deren Lebenserwartung sinkt. Dazu gehören geringverdienende Männer. Erkennen Sie das bitte endlich an.

(Beifall bei der LINKEN)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Birkwald, ich habe schon mit meiner Zwischenfrage versucht, Ihnen zu erklären, dass Sie schlichtweg Sterbetafeln – diese geben die Zahl der Gestorbenen an – mit Erhebungen über die Lebenserwartung vergleichen.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Aber in welchem Alter sie gestorben sind, das ist entscheidend! Ja, leben die denn noch?)

Genauso hat Ihnen Herr Straubinger gesagt, dass es falsch ist, die Rentenbezugsdauer mit der Lebenserwartung zu vergleichen. Jetzt will ich Ihnen die entscheidende Antwort der Rentenversicherung geben. Ich bitte Sie, unter den Veröffentlichungen der Deutschen Rentenversicherung den Artikel von Rembrandt Scholz und Anne Schulz mit dem Titel „Zum Trend der differentiellen Sterblichkeit der Rentner in Deutschland“ nachzulesen. Dort steht als Ergebnis, dass in allen der zehn untersuchten Einkommensgruppen, in die die Autoren die Rentner ab 65 einteilen, die Lebenserwartung steigt. Auch in dem sogenannten dritten Dezil – also in der Gruppe, die wahrscheinlich den geringsten Verdienst hat – stieg die Lebenserwartung über 65-Jähriger 2006 im

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Vergleich zu 1994 – damals hatten sie eine Lebenserwartung von 13,5 Jahren – auf 15 Jahre.

Damit belegt diese Untersuchung der Rentenversicherung: Auch bei den unteren Einkommenschichten haben wir es mit einer steigenden Lebenserwartung zu tun.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das sind doch uralte Zahlen!)

Das sind die Fakten der Rentenversicherung, die Sie schlichtweg nicht lesen und die Sie hier verkehrt darstellen. Deswegen muss ich Ihre Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie machen eine Privatrechnung auf, die falsch ist

(Elke Ferner [SPD]: Das sind doch Zahlen Ihrer Regierung!)

und die den offiziellen Untersuchungen der Deutschen Rentenversicherung widerspricht. Die Deutsche Rentenversicherung ist ein solides Unternehmen, das solide rechnet. Auf ihre Berechnungen beziehen wir uns. In allen Einkommensgruppen steigt die Lebenserwartung. Das ist ein großer Erfolg für die Bevölkerung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Wahrscheinlich leben die alle noch, oder wie? Die leben alle noch nach Ihrer Auffassung! So ein Käse!)

- (B) In der Tat interessiert die einzelne Arbeitnehmerin und den einzelnen Arbeitnehmer nicht so sehr, wie es in den Statistiken aussieht, sondern ob man persönlich in der Lage ist, länger zu arbeiten. Wir haben in den vergangenen Jahren eine dramatische Veränderung erlebt bei der Beantragung von Erwerbsminderungsrenten durch Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können. Rund 40 Prozent aller Anträge auf Erwerbsminderungsrente werden heute wegen psychischer Erkrankungen gestellt. Da muss ich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dass eine so hohe Zahl von Personen aufgrund einer psychischen Erkrankung einen Frühverrentungsantrag stellen muss und diese Zahl weiter steigt, dürfen und sollten wir nicht einfach weiter hinnehmen. Hier kann man gezielt Gegenstrategien entwickeln.

Es ist nicht so, dass wir die Menschen mit dem Thema „Länger arbeiten in Deutschland“ alleinlassen; vielmehr handelt diese Bundesregierung. Der Bundesgesundheitsminister hat für seine nationale Präventionsstrategie die betriebliche Gesundheitsförderung zum Topthema gemacht – richtig so!

(Elke Ferner [SPD]: Jawohl!)

Die Bundesarbeitsministerin hat die vom paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzten Arbeitsschutzausschuss erstellte Empfehlung zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz herausgegeben – hervorragend! Mit der Initiative Neue Qualität der Arbeit werden zielgerichtet Projekte in Betrieben zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen, zur Gestaltung moderner, gesundheitsgerechter Arbeitsplätze, zum besseren Arbeitsschutz und zur besseren betrieblichen Gesundheitsvorsorge gefördert. Wir handeln. Die Bundesforschungs-

ministerin setzt einen starken Akzent bei der Gesundheitsforschung. Also gilt: Wir lamentieren nicht, sondern wir handeln, um längeres Arbeiten in Deutschland möglich zu machen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Richtig ist: Wer lange gearbeitet hat, der sollte auch von seiner Rente leben können. Deswegen schlägt die Bundesarbeitsministerin vor, dass wir unser Rentenrecht ergänzen, und zwar an der Stelle, wo Rot-Grün bei seinen Rentenreformen, die ja zu einer Senkung des Rentenniveaus in Deutschland führten, nicht gehandelt hat. Rot-Grün hat bei der Senkung des Rentenniveaus keine untere Auffanglinie vorgesehen, und deswegen werden wir so etwas einführen. Der Vorschlag der Bundesarbeitsministerin ist, dass, wer lange eingezahlt hat – zunächst 30 Jahre, später 35 Jahre –, einen Anspruch erwirbt, sodass zu geringe Rentenansprüche in Form der Zuschussrente aufgewertet werden.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition aus CDU/CSU und FDP verschließt nicht die Augen vor der Frage: Was passiert mit denjenigen, die eventuell zu geringe Rentenansprüche erworben haben? Wir wollen die Frage beantworten, die Rot-Grün damals bei seinen Rentenreformen vergessen hat. Deswegen können wir guten Gewissens sagen: Länger arbeiten in Deutschland lohnt sich. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen.

Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Nächster und letzter Redner in unserer Debatte ist unser Kollege Frank Heinrich für die Fraktion der CDU/CSU. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Stefan Rebmann [SPD]: Den Letzten beißen die Hunde!)

Frank Heinrich (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine ganze Menge gesagt und vieles ausgetauscht worden. Es bleibt fast nichts übrig.

(Zuruf von der LINKEN: Dann lassen Sie es doch sein!)

Trotzdem möchte ich einige Gedanken noch einmal aufgreifen und einiges noch einmal extra betonen.

Ich finde es richtig und wichtig – das haben verschiedene Redner heute schon gesagt –, über dieses Thema zu diskutieren. Es ist nämlich ein Thema, das die Menschen bewegt. Ich danke Ihnen insofern dafür, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ich danke aber auch der Regierung, dass sie eine solche Anfrage mit so viel Mühe bearbeitet hat und eine so gute Abwägung der in Ihrer Großen Anfrage genannten Risiken

Frank Heinrich

- (A) vorgenommen hat. Das Gute an der parlamentarischen Debatte ist ja, dass man hinterfragen darf, ja sogar muss.

Der Titel der Großen Anfrage lautet: „Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt“. Mir kam an dieser Stelle sofort der Gedanke, dass bemerkenswerte Unterschiede zwischen den möglichen Formulierungen bestehen. Die Formulierung „Rente erst ab 67“ beinhaltet ja eine Konnotation, die Sie schon mit dem entsprechenden Gesetz verbanden, als es 2007 von Ihnen unter Herrn Müntefering mit auf den Weg gebracht wurde. Frau von der Leyen versah gleich zu Beginn ihrer Amtszeit diesen Sachverhalt mit einer anderen Konnotation: Wir reden, ich rede von „Arbeit bis 67“. Das ist ein viel konstruktiverer Ansatz und beinhaltet den Anspruch, diese Zeit zu gestalten und Strategien zu entwickeln, um damit umzugehen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist aber für 75 Prozent der Menschen nicht so!)

Wir sollten also – Herr Strengmann-Kuhn hat das vorhin schon angesprochen – nicht bei den Risiken stehen bleiben, sondern auch von den Chancen reden. Diese wurden in der heutigen Debatte von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der Linken, sehr einseitig dargestellt.

(Zurufe der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Die Rente ab 67 bzw. – so wird das heute genannt – die Arbeit bis 67 bringt sehr viele Chancen für ältere Erwerbstätige mit sich: Möglichkeiten zur Teilhabe, Steigerung des Selbstwertgefühls, gutes Einkommen,

- (B) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die können doch jetzt schon weiter arbeiten! Mit Zuschlägen!)

sozialer Status – um nur einige zu nennen. Das hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf Ihre Große Anfrage auch ausdrücklich betont. Erwerbsarbeit ist ein wesentlicher Aspekt des gesellschaftlichen Lebens.

Wenn wir also tatsächlich Beteiligung wollen – in den letzten Wochen haben wir dieses Wort ja sehr häufig gebraucht –, dann müssen wir neben den wirtschaftlichen Bedingungen in unserem Land und den wirtschaftlichen Bedingungen jedes Einzelnen auch diese Tür öffnen bzw. offen halten. Viele wollen auch in Zukunft ganz bewusst und gern ihrer Arbeit nachgehen.

Gestern Abend sprach ich mit einem jungen Mann, der aus einem europäischen Land kam. Er erzählte, dass in seinem Land ein 66-Jähriger gegen den Staat klagt, weil dieser ihn in den Ruhestand schicken will. Er begründet seine Klage damit, dass er sich diskriminiert fühlt.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Siegfried Kauder?

Frank Heinrich (CDU/CSU):

Sehr gerne.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Bitte schön, Herr Kollege Siegfried Kauder.

(C)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Herr Präsident, ich möchte keine Zwischenfrage stellen, sondern ich habe die Bitte, dafür zu sorgen, dass man auch auf den hinteren Rängen das versteht, was der Redner vorne spricht. Ich könnte mir vorstellen, dass die Schüler oben auf der Galerie auch gerne zuhören würden. – Danke.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das ist nicht nötig! Es ist wirklich langweilig, was er erzählt! – Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank für den Hinweis. Der Hinweis richtet sich natürlich auch an all diejenigen, die im Augenblick in den hinteren Reihen stehen und in tiefe Gespräche verwickelt sind.

Bitte schön, Herr Kollege Heinrich.

Frank Heinrich (CDU/CSU):

Ich danke Ihnen, Herr Kollege. – Da fühlt sich also ein 66-Jähriger in einem europäischen Partnerland dadurch diskriminiert, dass er in Ruhestand gehen muss. Für Unternehmer, Anwälte, Architekten, Landwirte – der eine oder andere Redner ist vorhin darauf eingegangen – ist es selbstverständlich, oft weit über das von uns festgesetzte Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Sie haben oft die größeren Erfolge in den späteren Lebensjahren. Ein deutscher Wissenschaftler, der nach Erreichung seines 70. Lebensjahrs seine Karriere in Dänemark fortsetzen möchte, sagte: Da kann ich so lange an der Universität bleiben, wie sie findet, dass ich meinen Job gut mache.

(D)

Interessant, dass Sie heute von der „Rente erst ab 67“ sprechen. Es werden oft Ängste – Herr Kollege Strengmann-Kuhn hat vorhin darauf hingewiesen – dadurch verstärkt, dass die Sachlage einseitig dargestellt wird.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist das Geschäftsmodell der Linken!)

Ich zitiere beispielhaft die Bremer Altersforscherin Ursula Staudinger:

Oft wird der Eindruck erweckt, Arbeit sei etwas, wovon die Politik

– also wir –

den Menschen befreien müsste.

In dieser Aussage ist eine Konnotation enthalten, die aus unserer Sicht eine falsche Sicht auf das Problem zum Ausdruck bringt. Meines Erachtens braucht es dabei ein Umdenken. Eine Veränderung benötigt allerdings Zeit. Deshalb braucht es eben 18 Jahre, um diese zwei Jahre Verlängerung der Lebensarbeitszeit hinzubekommen. Es

Frank Heinrich

- (A) ist gut, dass das langsam geht und sich alle Beteiligten darauf einstellen können.

Die Daten der letzten Jahre – wir haben jetzt viele gehört – belegen den positiven Trend, auch wenn wir – das betone ich ganz bewusst – noch ein ganzes Stück Weg vor uns haben. Eine Zahl ist mir in dem Zusammenhang wichtig: Deutschland konnte die Erwerbstätigenquote der 55- bis 65-Jährigen in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf 57 Prozent steigern. Trotz dieser beachtlichen Erfolge bleibt noch eine Menge zu tun, woran wir als Politik *auch* beteiligt sein müssen. Wichtig ist in dem Zusammenhang, beim Gestalten der Bedingungen, das „Auch“.

(Zuruf der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Die Bundesregierung beteiligt sich mit veränderten Vorgaben, die den Verbleib von Älteren im Erwerbsleben besser ermöglichen sollen. Es braucht aber alle in unserer Gesellschaft, um den Herausforderungen, die heute mehrfach genannt wurden, gerecht zu werden, wie zum Beispiel der Demografie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine längere Lebensarbeitszeit ist eben auch eine Chance für die Wirtschaft und für die Unternehmen, Stichwort „Fachkräftemangel“.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann sinkt die Bezugsdauer!)

- (B) Viele Unternehmen nutzen das schon. In meiner Stadt Chemnitz merke ich, dass ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat und immer noch stattfindet, besonders in kleineren und mittleren Unternehmen, die die Fähigkeiten der 50-Jährigen eben nicht kleinreden oder – wie Frau von der Leyen das vorhin gesagt hat – schlechtreden, sondern nutzen und entwickeln, wobei sie sich natürlich darauf einstellen müssen, Maßnahmen im Gesundheitsbereich oder in der Ausbildung zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Positive Zusatzeffekte dieser Regelaltersgrenzenanhebung sind zum Beispiel, dass ein höherer Rentenanspruch entsteht – auch wenn Sie das immer anders darstellen – und dass dann, wenn mehr Versicherte in das System einzahlen, der Nachhaltigkeitsfaktor zu höheren Anpassungen führt.

Ich komme zum Schluss.

(Beifall des Abg. Stefan Rebmann [SPD] – Elke Ferner [SPD]: Das ist schön!)

Für die Anhebung des Rentenalters spricht eine Reihe von guten Gründen: außer der Demografie, dem Geburtenrückgang, der steigenden Lebenserwartung, der wachsenden Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Älteren auch der drohende Fachkräftemangel, aber vor allem – und das wollte ich betonen – die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten für ältere Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft.

Wir glauben, dabei sind wir auf dem richtigen Weg, trotz der von Ihnen genannten Risiken.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Uns liegen Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.¹⁾

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Zunächst Entschließungsantrag der Fraktion der Sozialdemokraten auf Drucksache 17/8150. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die Fraktion der Sozialdemokraten. Gegenprobe! – Koalitionsfraktionen und Teile von Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Fraktion Die Linke und Teile der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich komme nun zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/8151. Die Fraktion Die Linke verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? Kein gegenteiliger Hinweis? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

(C)

(D)